



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 2
Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten erbeten.
In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 94.
Bezugspreis vierteljährlich Mf. 2. — ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer Mf. 0.40 einschließlich ortsüblichen
Teuerungszuschlages.

Berlin
15. Januar 1921

Sichert schon heute die Volksabstimmung im Saargebiet!

Nach den Bestimmungen des Vertrags von Versailles soll die Bevölkerung des Saargebiets nach 15 Jahren darüber abstimmen: ob sie die durch den Vertrag geschaffene Rechtsordnung beibehalten will, d. h. ob die Regierung des Gebiets durch eine vom Völkerbund zu ernennende Regierungskommission ausgeführt werde, oder ob sie zu Deutschland zurück oder schließlich, ob sie zu Frankreich gehören will.

So wider alles Völkerrecht und wider alles Recht der Selbstbestimmung eines Volkes und wider alles Recht auf Freiheit der augenblickliche Zustand auch ist, so muß die rein-deutsche Bevölkerung des Saargebiets sich nun einmal mit den Bestimmungen abfinden. Und ebenso muß sie sich abfinden mit der Volksabstimmung, die eine Folge der in Versailles geschaffenen Grundlage bedeutet. Ein deutsches Volk soll abstimmen, ob es zu Deutschland oder Frankreich gehören will? Eine solche Forderung aufstellen, heißt künstlich die Möglichkeit ihrer Erfüllung schaffen. Und das soll eben in den 15 Jahren geschehen. Künstlich soll ein Zwiespalt in die homogene deutsche Bevölkerung hineingetragen werden. Und die Franzosen, die allein vom ganzen Völkerbund ein Interesse am Saargebiet haben, besorgen diese Arbeit in einer Offenheit, bei der jede Verbrämung nur noch lächerlich wirkt.

Diesen Machenschaften gegenüber verlangt das Volk an der Saar, verlangt das deutsche Volk, daß wenigstens die Abstimmung dann in jeder Beziehung gesichert ist, daß wenigstens das formelle vertragsmäßige Recht gewahrt wird. Die Verhältnisse verlangen, daß mit dieser Sicherung nicht bis zum letzten Augenblick gewartet wird.

Abstimmungsberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechts jede zur Zeit der Abstimmung über 20 Jahre alte Person, die bei Unterzeichnung des Vertrages im Gebiete gewohnt hat. Zur Teilnahme an der Abstimmung berechtigt sein werden also auch diejenigen, die nach dem Friedensschluß im Laufe der 15 Jahre das Land verlassen haben, sofern sie nur zur Zeit des Friedensschlusses dort ansässig waren, während andererseits die nach diesem Zeitpunkt Eingewanderten nicht stimmungsberechtigt sein werden.

Es ist einleuchtend, daß es nach 15 Jahren sehr schwierig, wenn nicht unmöglich sein wird, die wirklich Abstimmungsberechtigten von den nicht stimmungsberechtigten Eingewanderten fehlerlos zu scheiden, daß es aber noch sehr viel schwieriger sein wird, alle diejenigen aufzufinden und sich als abstimmungsberechtigt legitimieren zu lassen, die im Laufe der 15 Jahre das Land verlassen haben. Und deren werden viele sein! Schon jetzt haben leider zahllose Familien dem Saargebiet den Rücken gekehrt, teils durch die ungesetzmäßigen Ausweisungen seitens der französischen Militärbehörde und der „Treuhand-

regierung“ des Völkerbundes, teils aus wirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen, teils auch, weil sie die Gewaltherrschaft des französischen Militärs und der Völkerbundregierung nicht länger dulden oder mit ansehen konnten und wollten. An ihrer Stelle ergoß sich ein Strom von Ausländern aller Nationen, hauptsächlich natürlich Franzosen, in das unglückliche Land, das sich dieser ungebetenen Gäste, die ihm die Wohnungen und die Existenzmöglichkeiten mit ihrem hochwertigen Geld wegnehmen, von ihrem anmaßenden Auftreten ganz zu schweigen, nicht erwehren kann. Für die Entscheidung der Frage, wer von diesen Einwanderern zur Zeit des Friedenschlusses schon im Saargebiet ansässig war, ist von verhängnisvoller Bedeutung, daß die eingewanderten Franzosen sich meist nicht polizeilich anmelden zu müssen glaubten, so daß schwer festzustellen sein wird, ob sie vor oder nach Friedensschluß zugewandert sind.

Angeichts dieser Verhältnisse muß es die Aufgabe der deutschen Regierung sein, mit allen Mitteln einer Verfälschung des in nun 14 Jahren zu erwartenden Volksentscheids durch fehler- oder lückenhafte Aufstellung der Abstimmungslisten entgegenzuwirken. Ein kostbares Jahr, in dem unzählige abstimmungsberechtigte Familien das Land verlassen haben und ebensoviel oder mehr Nicht-Abstimmungsberechtigte eingewandert sind, ist verstrichen, ohne daß Maßnahmen der deutschen Regierung in dieser Hinsicht bekannt geworden wären. Von der „Treuhandregierung“ des Völkerbundes, die völlig unter französischem Einfluß steht, ist keine Maßnahme zu erwarten, die auf die Sicherstellung einer lückenlosen und fehlerfreien Abstimmungsliste abzielt. Es ist klar, daß die französischen Chauvinisten, die das Saargebiet heute im Namen des Völkerbundes regieren und den „Völkerbund“ dadurch täglich und stündlich auf das schlimmste diskreditieren, die das Saargebiet lieber heute als morgen annektieren möchten, alles Interesse daran haben, das Abstimmungsrecht der im Laufe der fünfzehn Jahre Auswandernden zu vernichten und die Grenze zwischen den Abstimmungsberechtigten und den später eingewanderten Bewohnern des Saargebiets durch möglichste Hinauszögerung der Sicherung der Abstimmungslisten zu verwischen. Bezeichnend für dieses Bestreben ist ein Vorgang, der sich im Mai 1920 zugetragen hat. Auf Anregung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Saarbrücken hatte die Stadtverwaltung die Frage der Aufstellung einer fehlerlosen Abstimmungsliste dadurch ins Rollen zu bringen versucht, daß sie die Landräte und Bezirksamtänner des Saargebiets zu einer Besprechung über die beste Art der Aufstellung einer solchen Liste einlud, zu

der, wie bei allen solchen Besprechungen vorgeschrieben, auch die Regierungskommission eingeladen wurde. Diese hatte nichts Eiligeres zu tun, als telegraphisch allen Eingeladenen die Teilnahme an der Besprechung zu verbieten und den Bürgermeister der Stadt Saarbrücken zu ersuchen, dem städtischen Beigeordneten, der die Einladungen hatte ergehen lassen, „auf das Ungeeignete seines Verhaltens aufmerksam zu machen und ihn anzuweisen, in Zukunft im Rahmen der ihm gesetzlich zustehenden Befugnisse zu verbleiben“, ein Ersuchen, das der Bürgermeister begreiflicherweise als absolut unbegründet zurückwies. Die Besprechung mußte jedoch unterbleiben und die weitere Folge des von der Stadt Saarbrücken unternommenen Schrittes war, daß bei erster bester Gelegenheit der erwähnte städtische Beigeordnete, natürlich wie stets ohne Angabe von Gründen, ausgewiesen wurde.

Seitdem ruht die Frage der Aufstellung der Abstimmungslisten. Von der Völkerverbündungsregierung des Saargebietes ist kein Schritt zur baldigen Vorbereitung einer unverfälschten Volksabstimmung im Saargebiet zu erwarten. Um so notwendiger ist es, daß die deutsche Regierung sich endlich dieser hochwichtigen Frage annimmt und daß sie der Regierung des Saargebietes in derselben mit mehr Geschick, Energie und Erfolg entgegentritt als in der unglücklichen Beamtenfrage, die noch heute, ein Jahr nach Beginn der Tätigkeit der Saarregierung, ungelöst ist, mit dem Erfolg, daß nach und nach fast alle deutschgesinnten und offen ihr Deutschtum bekennenden Beamten aus dem Lande ausgewiesen werden konnten. Jedenfalls müssen die aus dem Saargebiet nach Deutschland ausgewiesenen oder ausgewanderten abstimmungsberechtigten Personen, soweit sie älter als fünf Jahre sind, baldigst festgestellt und mit unanfechtbaren Legitimationspapieren, die in 14 Jahren ihr Abstimmungsrecht zweifellos frei dartun sollen, ausgestattet werden. Die Organisation des „Saar-Verein“ wird der Regierung hierbei wirksame Hilfe leisten können. Die im Saargebiet verbliebenen Abstimmungsberechtigten müssen mit Hilfe der Meldeamtsregister, Wählerlisten, Personenzustandsaufnahme usw. festgestellt, auf Kartenblättern verzeichnet und diese feuerfest unter Kontrolle der deutschen wie der Völkerverbündungsregierung aufbewahrt werden; außerdem wird zweckmäßig auch den im Saargebiet Verbliebenen eine Abstimmungslegitimation ausgehändigt werden.

Nur so wird es gelingen, eine wirklich unverfälschte Volksabstimmung in dem für Deutschland so wichtigen Saarland zu sichern und diesem heute jedenfalls treudeutsch gesinnten, schönen Lande die Rückkehr zum deutschen Vaterland zu ermöglichen.

Vergessen darf bei dieser Betrachtung auch nicht werden, daß das Saargebiet, wenn es sich für den Wiederanschluß an Deutschland entschieden hat, doch nicht ohne weiteres zurückkehren kann. Seine Rückkehr ist an die rein materielle Bedingung geknüpft, daß Deutschland dann von Frankreich die Kohlengruben zurückkauft. So bilden Menschenleben die Anhängsel an den Besitz von Kohlenfelder. Für wahrkeinerbauliches Dokument für die Zeit der Menschenfreiheit!

Der Saarlande Not unter der Fremdherrschaft.

Die wirtschaftliche Lage

Im Saargebiet gestaltet sich von Tag zu Tag trostloser, nicht zuletzt infolge der Einführung der Frankenhöhne. Die Frankenebeisterung ist stark im Abflauen begriffen, so- gar bei den Beraleuten, obwohl diese mit dem ausländischen Gelde kein schlechtes Geschäft gemacht hatten. Damit ist es freilich vorbei, der Franken ist gesunken und die Saarkohle ist so teuer, daß sie nicht mehr den Wettbewerb mit der englischen aushalten kann. Zur Verbilligung der Kohle müssen natürlich die Produktionskosten herabgesetzt werden, und nichts liegt näher

als das durch Beschneiden der Arbeiterlöhne zu bewerkstelligen. Die französische Grubenverwaltung knappt in jeder Weise an den Löhnen und Bedingungen, was nicht weniger zur Bitterung der Bergarbeiter beiträgt, als die autokratische Behandlung durch die französischen Behörden. Die Bergarbeiter beginnen einzusehen, daß die Frankenhöhne doch ein zweischneidiges Schwert ist, dessen Rehrseite sich bei tiefliegendem Frankenkurs immer bemerkbarer macht.

Der eiserne Ring, den

die französische Zollgrenze

um das Saargebiet geschmiedet hat, übt seine verhängnisvolle Wirkung immer mehr aus, und trotz der erleichterten Einfuhr aus Lothringen steigt die Teuerung von Tag zu Tag. Die hermetische Absperrung des Saargebietes nach der preussisch-pfälzischen Grenzseite wird natürlich von den Franzosen mit besonderer Schärfe und sogar mit deutlichen Zollschikanen durchgeführt. Inzwischen setzt die Saarregierung das von ihr begonnene Werk der

„Säuberung des Saarlandes“

von allen ihr unbequemen, d. h. ihrer Verweltlichungspolitik im Wege stehenden Elementen unentwegt fort. Die Entlassungen von Beamten nehmen überhand, in erster Linie werden davon natürlich die führenden Persönlichkeiten in der Beamtenbewegung betroffen, aber auch solchen wird der Stuhl vor die Tür gesetzt, denen keine politische Betätigung nachgefragt werden kann. In die freierwerbenden Stellen werden natürlich mit Vorliebe Franzosen und Französlinge hineingeschoben. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, daß die Franzosen bei dieser ihrer Praxis hin und wieder auch einmal gründlich hereinfallen, wie der Fall des Dr. Hans Bringolf zeigt, der seit einiger Zeit als Generalsekretär der saarländisch-französischen Handelskammer in Saarbrücken fungiert, obwohl er ein vielfach vorbestrafter und allgemein bekannter Betrüger ist und den Dokortitel auch noch zu Unrecht führen soll. Der Mangel an geeigneten französischen Persönlichkeiten zur Verwaltung des Saargebietes scheint eben so groß zu sein, daß die Franzosen wahllos alles nehmen müssen, was sich ihnen unter der Flagge der Deutscheindlichkeit anbietet.

Der Widerstand der Beamten im Saargebiet

gegen die autokratische Behandlung der Regierungskommission hat inzwischen zu einem erfreulichen Erfolge geführt. Der Präsident der Regierungskommission hat die von den Beamten bei ihrer Erklärung, sie seien bereit, den im Beamtenstatut vorgesehene Dienst zu leisten, gemachten Vorbehalte hinsichtlich der Entlassungsmöglichkeiten der Beamten in allen wesentlichen Punkten genehmigt und ausdrücklich versichert, daß Entlassungen lediglich aus finanziellen Gründen erfolgen sollten. Man muß natürlich diese Zusicherung mit Vorsicht aufnehmen, aber in jedem Falle bedeutet sie ein bemerkenswertes Abweichen von der bisherigen, auch in der Form auffallend autokratischen Praxis der Regierungskommission.

Das von der interalliierten Oberkommission in Koblenz erlassene

Verbot aller Schülerorganisationen

von politischem Charakter ist kennzeichnend für den Geist, der auf Seiten der alliierten Verwaltung im besetzten Gebiete allgemein herrscht. In ihrer nervösen Angstlichkeit sehen offenbar die französischen Militärgewaltigen in den überaus harmlosen deutschen Schülerverbindungen äußerst gefährliche Geheimbünde und Verschwörungen. Oder wird schon die bloße Tatsache, daß in diesen Verbindungen nationale Gesinnung gepflegt wird, als belastend angesehen?

Ungefähr auf demselben Niveau steht die auch in der Saarpresse veröffentlichte Verordnung der Rheinlandkommission über eine

Bestandsaufnahme für militärische Zwecke,

die selbstverständlich jeglicher Grundlage im Friedensvertrage entbehrt. Transportmittel, Pferde, Wagen, Fahrräder usw. sollen in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen aufgenommen werden, und die alliierten Militärbehörden der verschiedenen Besatzungszonen sollen berechtigt sein, dabei nähere Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Die

Stimmung der Arbeiterschaft

Im Saargebiet ist den Franzosen weniger günstig als in. Das geht besonders aus den Verhandlungen in der Mitgliebertersammlung der sozialdemokratischen Partei in Saarbrücken hervor, wo der Abgeordnete Schäfer in scharfen Worten gegen das reaktionäre Militärregime der Franzosen im Saargebiet Widerstand erhoben und abermals den dringenden Wunsch nach einer parlamentarischen Vertretung der Saarbevoölkerung in der preussischen Landesversammlung ausgesprochen hat. Ohne Unterschied der einzelnen Schichten hat die gesamte Bevölkerung an der Saar vom ersten Tage der Besetzung an ihre Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande betont und die unnatürliche Trennung von Deutschland schmerzhaft empfunden.

Die Versprechungen der Franzosen, dem Saargebiet ein eigenes Parlament zu geben, sind bekanntlich bisher unerfüllt geblieben und werden es auch wohl bleiben, und natürlich steigert diese Tatsache den ohnehin vorhandenen Wunsch der Saardeutschen, nicht länger von der Teilnahme an der Preussischen Landesversammlung ausgeschlossen zu sein. Kennzeichnend in diesem Sinne ist es übrigens, daß sich die Bestrebungen um Einführung des Betriebsrätegesetzes im Saargebiet immer mehr verstärken und daß die Gewerkschaften von der Saarregierung in ziemlich entschiedener Form die endliche Erfüllung dieses immer wieder ausgedrückten Wunsches gefordert haben. Auch die Zentrumsparlei, die bisher gegen die Einführung des Gesetzes war, hat nach einem Aufsatz in der „Saarbrücker Landeszeitung“ ihren Widerstand aufgegeben.

Als ein besonders erfreuliches Zeichen für die

deutsche Gesinnung der Arbeiterschaft an der Saar

darf die Erklärung angesehen werden, die in einer kürzlich stattgehabten Sitzung des Deutschen Knappschaftsvereins in Regensburg von den Bergarbeitern des Saargebietes abgegeben worden ist. In dieser Erklärung fordern alle Gewerkschaftsorganisationen des Saargebietes die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit für die Mitglieder des Knappschaftsvereins im Saargebiet. Offenbar haben die Bergarbeiter die Versuche der französischen Grubenbehörde im Saargebiet, die Knappschaftsvereine der Bergarbeiter von den deutschen Reichsstellen abzulösen, in ihrer ganzen Gefährlichkeit erkannt und sind entschlossen, diesen Bestrebungen Widerstand bis aufs äußerste entgegenzusetzen.

Das Parteileben des Saargebietes

bietet nach wie vor das Bild nicht gerade erfreulicher Differenzen, unter denen besonders der heftige Kampf der Sozialdemokraten des Saargebietes mit dem Zentrum zu erwähnen ist. Bekanntlich behaupten die Sozialdemokraten, daß die Beilegung der bisher führenden Persönlichkeiten im Schulwesen des Saargebietes und die Berufung Professor Kottens zum obersten Leiter des Schulwesens auf Treibereien des Zentrums zurückzuführen seien. Wir begnügen uns, von dieser Pressefehde der Vollständigkeit halber kurz Notiz zu nehmen, verzichten aber, unseren bekannten Grundsätzen entsprechend, auf eine Stellungnahme zu diesen Streitigkeiten, die in jedem Falle der Erhaltung des Deutschturns im Saargebiet — auf die es doch einzig und allein ankommt — nicht förderlich sind.

Ueber die

Knebelung der Saarpresse

haben wir in unseren letzten Nummern bereits verschiedentlich berichtet. Ein besonderes charakteristisches Beispiel für die in dieser Hinsicht im Saargebiet herrschenden Zustände ist das Verhalten der Saarregierungen anlässlich des Todes des bekannten Saarbrücker Berglegers Richard Hofer. Hofer, der zu den treuesten Vertretern des Deutschturns im Saargebiet gehörte, ist seinerzeit ausgewiesen und hat sein Leben fern von der Heimat, der er seine beste Kraft gewidmet hatte, beschließen müssen. In den durchweg kurzen Nachrufen, die ihm die Saarregierungen widmen, ist die Tatsache seiner Ausweisung, die fraglos die Hauptschuld an seinem frühzeitigen Tode trägt, mit keinem Worte erwähnt worden. Auf Grund des Nachrufes, den sein eigenes Blatt, die „Saarbrücker Zeitung“, bringt, ist man sogar geneigt, anzunehmen, daß Hofer freiwillig aus dem Saargebiet geschieden ist. Auch die „Völklinger Zeitung“ beschränkt sich bei einer sonst treffenden Würdigung der Persönlichkeit und des Wirkens Hofers auf den Hinweis, daß ihn die politischen Verhältnisse gezwungen hätten, sich außerhalb des Saargebietes einen neuen Wirkungsbereich zu schaffen. So ist, wie auch aus diesem Falle wieder einmal klar hervorgeht, die Saarpresse mundtot gemacht und darf nicht einmal den nächstliegenden Tatsachen, wie es die Ausweisung Hofers ist, Rechnung tragen. Desto mehr erwünscht der Presse des unbefleckten Gebietes die Pflicht, immer wieder sich zum Sprachrohr der von Deutschland abgeschnittenen und jeder Hinsicht geknebelten Saarbevölkerung zu machen.

Mit der Franzosenwirtschaft im Saargebiet ist Hand in Hand auch die

Vernachlässigung der Sauberkeit

in allen öffentlichen Gebäuden eingerissen. Post- und Eisenbahngestäude starren von Schmutz und Dreck. Der Zustand der Verkehrswege macht sich in erster Linie in den Wartesälen des Hauptbahnhofes bemerkbar, wo sich Marokkaner und Indochinesen in allen möglichen und unmöglichen Stellungen auf Tischen, Stühlen und Bänken herumlegen. Auch die Sauberkeit der Straßen läßt sehr viel zu wünschen übrig.

Von besonderer Bedeutung ist noch das

Verhalten der Geistlichkeit aller Konfessionen.

Ein offenes Urteil über die Verhältnisse bekommt man von ihrer Seite überhaupt nicht mehr zu hören; man scheint alle saarländischen Lebensfragen als glühendes Eisen zu betrachten, an dem sich niemand die Finger verbrennen will. Da ist doch die

Lehrerschaft bedeutend mutiger und zeigt ihre Gesinnung mit weit mehr Offenheit. Wie auch die Arbeiterschaft einschließlich der Bergleute nicht daran denkt, sich in den geschichteten französischen Rehen fangen zu lassen, so zeigt sich neuerdings auch unter den Eisenbahnern eine mehr und mehr wachsende Verstimmlung gegen die Franzosen.

Trotzdem es öffentlich wieder und wieder offiziell abgeleugnet worden ist, wimmelt das Saargebiet immer noch von

schwarzen Truppen.

Wann diese Schmach, dieses Völkergemengel von Marokkanern, Senegalesen und Indochinesen, von finsternen Menschen finstere Erdteile einmal aus Deutschland verschwinden wird, mögen die Götter wissen. Die Welle der Empörung, die kürzlich erst durch die ganze gestittete Welt brauste gegen diese aller Kultur hohnsprechende Verwendung von Wilden und Halbwilden als Schergen in zivilisierten Staaten, hat danach nur das traurige Ergebnis gehabt, daß „offiziell dementiert“ wird.

Aber nur weiter so, nur weiter so! „Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht.“

Spiegelwirtschaft.

Durch die Bestimmungen von Versailles wurden im Saargebiet zwei Interessengruppen geschaffen, eine deutsche und eine französische. Die deutsche als die Vertreterin der althistorischen Gerechtsame des Landes und Volkes, die französische als Vertreterin des Besitzers der Kohlengruben, die Frankreich nie gehörten, die es sich einfach auf Grund des Rechtes und der Macht des angeblichen Siegers durch den Vertrag von Versailles angeeignet hat. Die Interessen Frankreichs wurden von dem Volke an der Saar und dem gesamten deutschen Volke anerkannt. Wäre die französische Interessenvertretung gegenüber der deutschen Gerechtsame gleich guten Willens, so wäre für die vorliegenden 15 Jahre des heutigen Zustandes leicht ein Ausgleich zu schaffen. Aber die französische Interessenvertretung strebt über die Bestimmungen des Vertrages hinaus. Sie will das Saargebiet französisieren, damit es in 15 Jahren gar nicht mehr zu einer Abstimmung zu kommen braucht, daß bis dahin das Land von Frankreich annektiert ist. Zu diesem Zwecke entfalten die Franzosen eine riesige Propaganda, die gestützt auf die militärischen Machtmittel zunächst darauf ausgeht, alles Deutsche an hervorragender Stelle zu kompromittieren und dann auszumerzen. Persönlichkeiten, Organisationen, Körperschaften werden nicht geschont, sie werden zunächst verleumdet, als arbeiteten sie illegal gegen die augenblickliche Inhaberin der Regierung im Saargebiet, die Völkerbundscommission.

Solche Verleumdungen zu schaffen, ist einzig und allein die Arbeit des Majors Richert, des Chefs der französischen Propaganda. Alles Elend, das über die Bevölkerung im Saargebiet hereingebrochen, über ihre Gesamtheit und über jeden einzelnen, das geht auf das Konto dieses Mannes.

Sein Haupttrick ging darauf hinaus, den „Saar-Verein“ zu verdächtigen, als treibe er im Saargebiet dunkle Machenschaften, als sei er der Veranstalter alles dessen, was den Franzosen und der Regierungskommission unangenehm ist. Sodann wurde jeder und jede Körperschaft, die sich den Plänen der Franzosen, — wohlverstanden: Plänen, die strikte dem Friedensvertrag entgegenstehen — Widerstand zu leisten schienen, als Vertreter des „Saar-Verein“ verdächtigt und bei der ersten besten Gelegenheit verhaftet und abgehoben.

Der „Saar-Verein“ hat wiederholt auf die verheerende Arbeit des Major Richert hingewiesen. Offenbar war ihm das unangenehm, als der wahre Peiniger der Bevölkerung an den Pranger gestellt zu sein. Er verbreitete darum die Nachricht, die Angriffe des „Saar-Verein“ hätten ihm ein Belobigungsschreiben Clemenceaus eingetragen. Wir wollen ihm heute Gelegenheit geben, sich ein weiteres Belobigungsschreiben zu erwerben. Und zwar mit der Schilderung eines seiner Hauptmitarbeiter, des bekannten Fink aus Altenwald.

Um sich Material zu Verleumdungen und Verdächtigungen zu verschaffen, beschäftigt Richert eine ganze Garde von Spiegeln und Agenten, die ihr Hauptquartier im Café Kiefer aufgeschlagen zu haben scheinen. Es sind heruntergekommene arbeitsscheue Subjekte, deren Gesinnung Major Richert zur käuflichen Dirne gemacht hat und bei denen er die Rolle eines Zuhälters und Aushälters spielt. Einer davon war die armselige Figur des Fink.

Wie so viele kam er nach Berlin, gab sich beim „Saar-Verein“ als Flüchtling aus und wurde deshalb in einer Stellung untergebracht. Ehe noch die Erkundigungen über ihn eingebracht waren, wußte man, weh! Geistes Kind er war. Da weder im „Saar-Verein“ noch an der Arbeitsstelle des Fink irgend etwas geschah, was die Öffentlichkeit zu scheuen hätte, ließ man ihn wirken, um festzustellen, was er eigentlich herausbringen wolle. Nach einigen Wochen verschwand er. Das Rätsel löste

sich. In einer Forbacher Zeitung erschien ein Artikel, worin aller Unsinn mitgeteilt wurde, den man Fink aufgehängt hatte. Er hatte sich selbst entlarvt.

Einige Zeit später erschien Fink wieder in Berlin, offenbar mit neuen Aufträgen. Er trieb sich den ganzen Tag in der Nähe des Büros „Saar-Verein“ herum, sah im Café Vaterland und bot in seiner Hilfslosigkeit ein Bild ständigen Vergnügens für jeden Eingeweihten. Das einzige, was er fertig brachte, war, sich an die Botenjungens heranzumachen, die ihm dann auftragsgemäß weitere Bären aufbanden. Man fragte sich, was er wohl seinem Auftraggeber bringen würde.

In dieser Zeit wurde in Saarbrücken erzählt, die Franzosen hätten eine ganze Mappe mit Material in Händen. Ein Französling hatte die Mappe einem Bekannten gezeigt mit den Worten: „Wir haben alles. Es hat uns ein Stück Geld gekostet, aber es war uns das wert.“ In Berlin ahnte man, daß es das „Material Fink“ sei. Man wußte es, als ein derartiges Schriftstück mit der Bezeichnung „Fink“ im Besitz Richters gesehen worden war. Man wußte auch schon, daß es sich um eine Fälschung handelte. Sie zeigte sich in ihrer ganzen Gemeinheit, als sie am Tage vor den Gemeinderatswahlen in einem Flugblatt der U. S. P. im Verlag Schaal u. Cie. veröffentlicht wurde, um die mehrheitssozialistische Partei und die Bürgerlichen zu kompromittieren, als seien sie die Vertrauensstellen des „Saar-Verein“. Von allen Seiten wurde der angebliche Brief des „Saar-Verein“ an das Auswärtige Amt als Fälschung gebrandmarkt. Die Fälschung ließ auch sofort das System, wonach Fink arbeitete, erkennen: alles was Richter gern haben wollte, fabrizierte er. So kam nach einigen Wochen eine weitere Fälschung heraus, die den Gewerkschaftssekretär Kuhnen kompromittieren sollte.

Bei den Ausweisungen während des Beamtenstreiks fragte man sich oft, was der oder jener verbrochen haben könnte. Man vermutete, daß ähnliche Fälschungen wie die schon veröffentlichten schuld daran sein mußten. Dies sollte bald zur Gewißheit werden.

Fink, der inzwischen nach seinen Angaben beim „Neuen Saar-Kurier“ als Annoncenacquisiteur angestellt worden war, fuhr in den folgenden Monaten wiederholt zwischen Saarbrücken, Berlin, Frankfurt, Düsseldorf, Köln und Coblenz hin und her, so daß er der Kriminalpolizei auffiel. In Coblenz wurde er von der amerikanischen Polizei aufgegriffen und als Landstreicher abgeurteilt. Auch die deutsche Kriminalpolizei beobachtete ihn, besonders seit er unter einer Chiffre Geld aus Mainz empfangen hatte. Anfang Dezember nahm ihn die Kriminalpolizei fest, und tat einen guten Fang damit. Er trug eine ganze Reihe Schriftstücke bei sich, durch die behördliche und private Stellen und Personen kompromittiert werden sollten. Durch sie ist das ganze System Fink augenscheinlich geworden. Alle Stellen, die in dem Schriftstück benannt worden waren, konnten nachweisen, daß es sich um plumpe Fälschungen handelt. Es waren so widersinnige Bezeichnungen behördlicher und privater Stellen darin, daß man sich fragen mußte, wie es möglich sein konnte, daß irgend jemand diesen Unsinn als bare Münze nehmen konnte. Traurig war aber die Erkenntnis, daß verschiedene Namen von Saarländern darin enthalten waren, die offenbar auf Grund dieser gefälschten Dokumente von den französischen Behörden verfolgt worden sind. Auch die ganzen Verdächtigungen des „Saar-Verein“ und einzelner Saarländer in Berlin wurden klar. Nichts war in den Briefen, bei denen sogar die gedruckten Firmenköpfe gefälscht waren, was auch nur im entferntesten einer Wahrheit nahekam. Die Briefe enthielten Namen und Organisationen, mit denen die angeblichen Schreiber nie in Verbindung gestanden hatten, die ihnen sogar völlig unbekannt waren.

Fink, denn nur er kann der Fälscher sein, arbeitete nach dem System: Was Richter will, das verschaffe ich ihm. Da es nicht echt sein kann, so eben gefälscht. Genau nach dem Muster des Beraterkollegen des Fink in Ludwigshafen, der, um den Franzosen einen Beweis für das Bestehen der Orgeß in der Pfalz zu liefern, ihnen eine gedruckte Einladungskarte der Orgeß fälschte.

Der Fall Fink könnte wahrhaftig ein Lustspiel abgeben, worin der Major Richter die Rolle des betrogenen Auswärtigen spielen würde. Denn Fink hat gleichzeitig auch das ganze System, wonach Major Richter seine Spitzelwirtschaft eingerichtet hat, ausgeplaudert. Interessant ist auch seine Aussage, daß er die Schriftstücke nicht selbst gefälscht habe, sondern, daß er sie teils im Büro des „Neuen Saar-Kurier“ entwendet, teils von einer Schreibdame, die er dafür bezahlt habe, empfangen hätte. Noch interessanter ist aber seine Angabe, er glaube, die Fälschungen würden in Coblenz hergestellt werden, denn er hätte in einem Büro der interalliierten Kommission ein derartiges Schriftstück gesehen.

Wir haben augenblicklich kein Interesse daran, jetzt noch Näheres über Schriftstücke und Angaben des Fink zu veröffentlichen, denn das Verfahren schwebt noch. Fink mußte aus formal juristischen

Gründen nach 3 Wochen Haft entlassen werden, weil Landesverrat nicht in Betracht kam, da die Schriftstücke ja weder echt noch wirkliche Angaben enthielten, sondern samt und sonders Fälschungen darstellten. Dagegen wird das Verfahren wegen schwerer Urkundenfälschung weiter verfolgt.

Erkennt in diesem Bilde des Dieners das Abbild seines Herrn! Nicht diese elenden Denunzianten und Spitzeljünger sind die wahrhaft Schuldigen. Der wahrhaft Schuldige ist ihr Auswärtiger, der Major Richter, der sie für diese Fälschungen bezahlt. Mag der Major seine Spitzelwirtschaft weitertreiben, wenn die Völkerbundsregierung, in deren Schoß er sitzt, es mit ihrem Treuhänderauftrag vereinbaren kann, aber er soll sich nicht von jedem dummen Jungen an der Nase herumführen lassen. Er selbst bietet dabei ja nur ein Bild, das den Eingeweihten zum Vachen reizt. Aber was er tut und schon getan hat, hatte fürchterliche Folgen für die Ausgewiesenen und deren Angehörige. Das ist das Traurige an einer sonst nur lustigen Sache.

Sonstige Nachrichten aus dem Saargebiet.

Die Postüberwachung wird seitens der Besatzungsbehörden wieder in verstärktem Maße ausgeübt. Vorsicht ist deshalb dringend am Plage. Jeder Absender von Briefen von und nach Orten in dem besetzten rheinischen und dem abgetrennten Saargebiet muß sich dieser Sachlage ständig bewußt bleiben, um zu verhüten, daß im Falle einer Kontrolle der betreffenden Sendung ihm selbst und vor allen Dingen auch dem Empfänger Unannehmlichkeiten erspart bleiben. Ganz besonders müssen wir darauf hinweisen, daß Briefschaften von und an den „Saar-Verein“ zu den gesuchtesten Kontrollobjekten der französischen Militärkontrolle gehören. Nach den neuesten Nachrichten sind abermals zwei Postüberwachungsstellen in Höchst a. M. und in Ludwigshafen eingerichtet worden. — Das Weihnachtsgeschäft kam infolge der allgemein gedrückten wirtschaftlichen Lage im Saargebiet erst kurz vor Weihnachten in Schwung, doch kann man im allgemeinen von einem zufriedenstellenden Geschäftsgange sprechen. — Wie in den Vorkriegsjahren, so hat auch in diesem Jahr das Saarbrücker Telegraphenamit mit solchen anderer Städte Neujahrsglückwünsche gewechselt. Bezeichnend ist speziell der Glückwunsch an das Münchener Haupt-Telegraphenamit. Er lautet:

„Profit Neujahr!
Deutsches Herz und deutschen Sinn
Bewahrn wir uns auch fürderhin.
Möge uns bringen das Neue Jahr,
So wie es früher gewesen war.
Herzliche Grüße und Glück auf immerdar,
Beamte und Beamtinnen am Strande der Saar.“ —

Ein erfreuliches Zeichen des Aufschwunges im kirchlichen Leben bildet die Tatsache, daß in den Weihnachtstagen die Kirchen Saarbrückens eine selten gesehene Menschenfülle in ihren Mauern bargen. Dieselbe Beobachtung läßt sich nach den uns zugehenden Zeitungsnachrichten auch für den Neujahrstag anstellen. — Der Kinderfürsorgetag hatte, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, in seiner Sammlung zugunsten der Kinderfürsorge einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Das Gesamtergebnis werden wir nach endgültiger Feststellung mitteilen. — Zu unserer Meldung über das Obergericht für das Saargebiet ist nachzutragen, daß es aus 2 Abteilungen bestehen wird, deren eine das Oberlandesgericht und deren andere das Reichsgericht ersetzen wird. Jede Abteilung erhält 2 Senate. — Die Justizverwaltung des Saargebietes sucht für die Laufbahn der Justizobersekretäre etwa 20 gut befähigte Anwärter, die mindestens die Reife für Obersekunda besitzen müssen. — Der wie erinnerlich zu 3 Monaten Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe wegen Verschlebens von Zeitungspapier verurteilte ehemalige Verleger der „Völklinger Zeitung“, Hugo Scheur, hat nach Bezahlung dieser Geldstrafe und Stellung einer Sicherheit in Höhe von 200 000 M. einen vorläufigen Strafausschub erhalten. — Die Saarkunstausstellung im Saarmuseum in Saarbrücken kann mit Genugtuung einen lebhaften Zuspruch von Seiten aller Kreise der Bevölkerung feststellen. Man sieht aus dem Dargebotenen, daß eine Reihe von sehr ernst zu nehmenden Künstlern im Saargebiet an der Arbeit ist. Von den Namen der ausstellenden Künstler nennen wir nur als bedeutendste: Reuth, Becker-St. Ingbert, Grevenigs, Dietrich, Baplet, Theodor Hierlings, Irmgard Fischer und Albrecht. — Die Saarbahnen geben für ihren Bezirk einen eigenen Tarif- und Verkehrsanzeiger heraus, der durch jede Postanstalt bezogen werden kann. — Die Sammlung zugunsten der Kriegsblinden des Saarlandes hatte ein derart hervorragendes Ergebnis, daß, trotzdem die Sammlung noch nicht abgeschlossen ist, jedem der 23 Mitglieder zu Weihnachten bereits 2000 M. als Wirtschaftsbeihilfe ausgehändigt werden konnten. — Die Saarregierung hat die Bürgermeister-

wählen in Limbach, Altheim, Bliedalsheim, Breitsfurt, Redelsheim und Walsheim bestätigt. — Die Spenden zum Glockenfonds der evangelischen Kirche in St. Ingbert haben bisher 9000 M. erbracht. — Das Weingartische Wohnhaus in der Theodorstraße in St. Ingbert ist durch Kauf in den Besitz des Zigarrenfabrikanten Koch übergegangen. — Das Pfälzische Gewerbemuseum veranstaltet im Monat Januar eine Ausstellung „Kriegerehrung“. — Die Uebernahme der bisherigen bayerischen Staatsgruben St. Ingbert und Mittelbergbach auf den französischen Staat ist abgeschlossen. Rückständige Angelegenheiten werden ab 1. Januar 1921 durch die Generaldirektion der Bayerischen Bergwerke in München erledigt. — Wie bereits an vielen anderen Orten, so wird auch nunmehr der St. Ingberter Kommunalverband seine Tätigkeit einstellen. Die Warenabgabe wird den Geschäftsleuten übertragen werden. — Ueber die Verteilung der von der Saarregierung gewährten einmaligen Unterstützung herrscht allseits große Unzufriedenheit. Zahlreiche Beschwerden sind erhoben worden, zumal arme Witwen und Leute, die es nötig haben, total leer ausgingen, während Haus- und Viehbefitzer, die über genügend eigene Mittel verfügen, bei der Verteilung bedacht worden sind. — Die Spiesermühle bei St. Ingbert lag bisher zur Hälfte in Bayern und zur anderen Hälfte in Preußen. Der Besitzer war dadurch gezwungen, bei Tanzmusiken u. dgl. eine zweifache Erlaubnis einzuholen. Durch die nunmehr erfolgte Einverleibung in das Saargebiet ist dieses Grenzkuriosum beseitigt. — Ein ähnlicher Fall wird uns aus dem Dorfe Rentrisch gemeldet. Dort lag die Sache so, daß der Eigentümer, wenn er sich in seinem Wohnzimmer befand, in Bayern lebte, und legte er sich abends zu Bett, dann schlief er in Preußen. Auch diese Frage hat durch Einbeziehung des betreffenden Gebäudes ins Saargebiet keine schwierige Erledigung gefunden. — Die Stadtverwaltung von St. Wendel hat es nunmehr doch erreicht, daß die Absicht, das Lehrerseminar von St. Wendel nach Saarbrücken zu verlegen, fallen gelassen ist. — Die deutsch-französische Grenzkommission hat ihre Arbeiten in dem Grenzbezirk Zweibrücken-Hornbach abgeschlossen und damit die Arbeiten für die Festlegung der gesamten Saargebietsgrenze zu Ende geführt. Die weitere Tätigkeit der Kommission erstreckt sich nur noch auf technische Einzelheiten. — An der saarländisch-pfälzischen Zollgrenze steht der Schmuggel in höchster Blüte, trotzdem täglich abschreckende Urteile seitens der zuständigen Justiz überlasteten Gerichte ergehen. — Selbsthilfe ist die beste und zuverlässigste Hilfe. Das denken auch die Sulzbacher. Zur Behebung der Wohnungsnot haben sich dort je 20 Baulustige zusammengesetzt und wollen 5 Jahre lang täglich 3 Stunden nach ihrer Berufstätigkeit auf den Bau von Wohnhäusern nach erprobtem Systeme verwenden. Unter diesen Umständen ist es heute fast jedem Arbeiter möglich, sich ein eigenes Heim zu schaffen. — Die Verwilderung der Jugend hat den Bürgermeister von Mettlach zu einer geharnischten Bekanntmachung veranlaßt, worin er um die Unterstützung aller Eltern, Vormünder usw. bei der Bekämpfung der Seuche des übermäßigen Genußes von Schnaps und Zigaretten bittet, die gerade unter der Jugend in immer mehr überhand nehmenden Maße grassiert. — Nachdem die Gemeinde Besseringen kürzlich 10 000 M. für die Kriegshinterbliebenen bewilligt hat, haben sich nunmehr die Gemeinden Mettlach mit 3000 M., Saarlörsbach mit 2000 M. und Reuvingen mit 5000 M. angeschlossen. — Auf dem Ehrenfriedhof in Dudweiler sollen vom 1. Januar 1921 ab keine weiteren Beisetzungen mehr stattfinden. — Die Stadt St. Wendel hat Aussicht, eine Nebenstelle des in Neunkirchen befindlichen Versorgungsamtes sowie auch eine Bergschule zu erhalten. — Auch Kinkel will ein Kriegerdenkmal errichten. Es veranstaltet aus diesem Anlaß eine Hausammlung. — Ebenso hat in Reuweiler der Gedanke Fuß gefaßt, den auf dem Felde der Ehre gefallenen Kameraden einen Gedenkstein zu setzen. — Zum Preise von 165 000 M. ist das Kaufhaus August Pfeiffer in Eppelborn in den Besitz des Kaufmanns A. Hese denz aus Heusweiler übergegangen. — In Homburg will niemand Bürgermeister werden. Bis jetzt ist auf die Ausschreibung nur ein einziges Angebot erfolgt. — Die interalliierte Rheinlandkommission hat für das besetzte rheinische Gebiet die Einfuhr der in München erscheinenden Zeitung „Rote Hand“ und den Vertrieb des Buches „Der Tag des Gerichts“ aus dem Verlage von Karl August Tannere in Raumburg verboten. — Die Bahnhofstation Waldmohr erhält nach ihrer nunmehrigen Einbeziehung ins Saargebiet den Namen „Jägersburg“. — Nachdem der Gemeinderat von Roschberg sich für den Anschluß an das Saargebiet ausgesprochen hat, ist Roschberg in die Verwaltung des Kreises St. Wendel aufgenommen worden. — Von Seiten der Industrie des Saargebietes ist der Abteilung Volkswohlfahrt der Regierungskommission des Saargebietes eine Summe von rund 200 000 M. zu Wohlfahrtszwecken gestiftet worden. — Mit Rücksicht auf die große Wohnungsnot hat der Gemeinderat von Elversberg beschlossen, eine Wohnungsluzussteuer einzuführen und hat die Genehmigung hierzu bei der

Saarregierung nachgesucht. — Die Direktion der Saarbahnen beabsichtigt im kommenden Frühjahr in Merzig wieder einige Dienstwohnungen für Beamte zu erbauen und kommt damit einem gerade für Merzig sehr dringenden Bedürfnis entgegen. — Die Unkosten für die Errichtung von 11 Notwohnungen in der Heilstätte Merzig beläuft sich auf 43 000 M. — Das Defizit des Haushaltsplanes der Stadt Merzig beträgt zurzeit 450 000 M. — Das dortige Finanzamt wird am 1. Februar 1921 seine Tätigkeit aufnehmen.

Bereine. Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten E. V. hat im Gewerkschaftshause Saarbrücken eine Geschäftsstelle errichtet. — Eine gute Zunahme hat im abgelaufenen Vereinsjahre der evangelische Arbeiterverein in St. Ingbert zu verzeichnen. — Infolge Platzmangels ist es uns leider unmöglich, alle Weihnachts- und Neujahrsfeiern, die in den Vereinen und Verbänden stattgefunden haben, an dieser Stelle gebührend zu berücksichtigen. — Eine größere Anzahl der im Saargebiet ansässigen Architekten hat sich zusammengeschlossen zu einem „Bund saarländischer Architekten“ mit Sitz in Saarbrücken. — Der Familientag des Gesangsvereins von Saarlouis, der, wie alljährlich, am Tage vor Drei Könige stattfand, trug diesmal den besonderen Charakter einer Beethoven-Gedächtnisfeier und nahm einen sehr befriedigenden Verlauf. — Zu dem Hinweis auf die stattfindende 1. allgemeine Geflügel-Ausstellung für das Saargebiet teilt die Ausstellungsleitung noch mit, daß es ihr gelungen ist, eine sehr beachtenswerte Reihe von Ehrenpreisen zu erhalten, und es zu erwarten sei, daß deren noch mehr folgen werden. — Nachdem der erste Volkslieder-Abend des Sängerverbandes der Saarlande eine so überaus erfreuliche Beteiligung und rege Anteilnahme zu verzeichnen hatte, wurde am 2. Januar ein zweiter Volkslieder-Abend veranstaltet, an dem sich eine ganze Anzahl sehr guter Vereine aus Stadt und Land beteiligte. — In den Weihnachtstagen fand eine Besprechung sämtlicher größeren Unterhaltungs-, Theater- und Wandervereine des Saarlandes zwecks Gründung eines Verbandes statt, und es wurde der „Verband der Saarbrücker Unterhaltungs-, Theater- und Wandervereine“ ins Leben gerufen. — Dem Sängerbund „Saar-Ost“ ist es gelungen, für die am 30. d. M. stattfindende Gedenkfeier für die gefallenen Sänger den berühmten Heldentenor der Dresdener Staatsoper, Kammer Sänger Fritz Soot, zu gewinnen. Soot ist Saarländer und aus Wellesweiler gebürtig.

Sport. Der Sportverein 05, Saarbrücken, hatte seine Mitglieder zu einer Weihnachtsfeier versammelt, die sich nach ihren Darbietungen als eine der wohl gelungensten Veranstaltungen ansprechen läßt. — Im städtischen Saalbau in Saarbrücken begann am 1. Januar die internationale Ringkampfkonzurrenz, zu der die besten Ringkämpfer der Welt ihre Teilnahme zugesagt hatten. — Eine Kriegsstatistik hat der Gauturnrat des Saar-Bliesgauers der Deutschen Turnerschaft in den letzten Wochen aufgenommen. Von den 7700 Mitgliedern des Vereins bei Kriegsausbruch wurden nahezu 5000 zum Heeresdienst einberufen. Den Heldentod fanden 878, 70 werden vermißt. Von den Turnern wurden 2608 mit Auszeichnungen bedacht, darunter 2 mit dem „Pour le mérite“. — Anlässlich der Weihnachtsfeier des Fußballvereins Saarbrücken wurde der 3. Mannschaft für die Erringung der diesjährigen Meisterschaft ein Lorbeerfranz überreicht. — Der Rasensportverband veranstaltete am Neujahrstage im Volksgarten Saarbrücken ein Fußballspiel, um wieder, wie im vergangenen Jahre, eine repräsentative Städtemannschaft der Stadt Saarbrücken aufzustellen. — Der Gersweiler Turnverein feierte am Neujahrstage sein Stiftungsfest, verbunden mit turnerischen Vorführungen. Es ist bemerkenswert und beehrt besonders angenehm, daß die Zahl der Zöglinge des Turnvereins außerordentlich zugenommen hat. — Ein Gedächtnisspiel für den bei dem Autounfall in der Nähe von Homburg tödlich verunglückten Fußballmeister Kertez veranstalteten der Fußballverein Saarbrücken und der Sportklub Saar 05. Der Reingewinn aus dieser Spielveranstaltung in Höhe von 8000 M. wurde der Witwe des Verunglückten ausgehändigt. — Auch Neunkirchen hatte seinen Neujahrssport. Der Sportklub Borussia, die führende Saarkreisemannschaft, spielte dort gegen den Verein für Rasenspiele in Mannheim und schlug diesen in einem Freundschaftsspiel mit 2:1 Toren. Die Mannheimer durften die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß Sport und Spiel auch an der Saar eine tatkräftige Pflegestätte finden.

Personalnachrichten. Zum Direktor am staatlichen Lehrerseminar in St. Wendel ist Dr. phil. Jakob Leonhard Zell aus Neudorf ernannt worden. — Endgültig angestellt ist die Lehrerin Katharine Knaud, Saarbrücken und der Schulumtswerber Alfons Schmidt als Lehrer in Sulzbach. — Verheiratet sind die Schulschwesterin Sode nach Bliedweiler und Jung nach Mittel-

berbach, die Lehrerin Klingenschmidt nach Klein-Ottweiler und der Hilfslehrer Friedrich Schaber nach Limbach. — Aus dem Schuldienst ausgeschieden sind Rektor Emil Weber aus Neunkirchen, die Lehrer Daniel Becker aus Altenwald und Johann Kremp aus Dörsdorf. — Bei der Direktion der Saarbahn sind folgende Veränderungen eingetreten: Werkstättenvorsteher H. Klemmer wurde versetzt von Saarbrücken nach Dillingen, Werkmeister Bergmann von Dillingen nach Saarbrücken, Werkmeister Rudolf Schmidt zur Betriebswerkmeisterei Rarthaus, Kassenvorsteher Bark von Dillingen nach Saarbrücken, Oberbahnassistent Seelbach von Lebach, Rademacher von Primsweiler, Braun von Dillingen und Gey von Neunkirchen nach Saarbrücken; die komm. Eisenbahnassistenten Neumede von Friedrichsthal nach Neunkirchen und Baroneky von Lüssenthal nach Saarbrücken, Unterassistent Dimmer von St. Wendel nach Saarbrücken, komm. Unterassistent Schmitt von Brebach nach Jünkerath, Unterassistent Ginzler von Jüdingen nach Trier, Eisenbahngelhilfe Weyland von Saarbrücken nach Primsweiler und Mohr von Burbach nach Brebach. — Ernannt wurden: Eisenbahnpraktikant Klaes und Philippi in Saarbrücken und Oberbahnassistent Meßger in Saarbrücken zu Gütervorstehern. — Für den Posten eines Dezernenten des Fortbildungs- und Handelsschulwesens bei der Unterrichtsverwaltung der Saarregierung ist Prof. Kimmel, Trier, in Aussicht genommen. — In Saarbrücken ist der Polizeikommissar Dörfer zum Polizei-Inspektor und der Kriminalkommissar Deutsch zum Kriminalinspektor, sowie der Kriminalkommissar Horn zum Oberkriminalkommissar ernannt worden. — Der langjährige Dramaturg des Schauspielhauses der Stadt Saarbrücken, Dr. Eugenheim ist bei der Verlagsanstalt Dr. Fletscher in Frankfurt a. M. eingetreten. — Ernannt wurde Bürgermeister Gores in Schaffhausen zum Standesbeamten des die Bürgermeisterei Differten umfassenden Standesamtsbezirks. — Die Polizeibürodiätare Johann und Sinnwall aus Saarbrücken haben ihre Prüfung zum staatlichen Polizei-Obersekretär abgelegt. — Ferner haben die Stadtassistenten Albrecht Alt, Becker, Groß, Günther, Imig, Leber, Lentz, Martin, Riemann, Sed und Staps ihre Stadtssekretärprüfung vor der zuständigen Prüfungskommission bestanden. — Der frühere Bürgermeister von Dillingen R. Wagner ist zum Bürgermeister der Stadt Ehrenbreitstein gewählt worden. — Zum Amtsgerichtsdirektor ernannt ist der Amtsgerichtsrat Krafft in St. Ingbert. — Der Verwaltungsinpektor Albert in St. Ingbert, zuletzt bei der Abwicklungsstelle in Landstuhl, wurde nach Peissenberg versetzt. — Zu weiteren Mitgliedern des Bürgermeistereirates Neunkirchen sind die Herren Petri, Büsgen, Pfarrer Becker, Bolldorf und Oberringer gewählt worden. — Dem Sekretär bei der Stadteinnehmer von St. Ingbert ist mit dem 1. Januar 1921 die Steuereinnahmestelle Altwieser übertragen worden. — Der älteste diensttunende Pfarrer der Diözese Speyer, Geistlicher Rat Friedrich Stabel in Reinheim vollendete am 7. Januar sein 80. Lebensjahr. — Sein Stadtverordneten-Mandat in Saarbrücken niedergelegt hat der Stadtverordnete, Bankdirektor Schmitt, der unter dem Druck der Verhältnisse seine Tätigkeit nach Frankfurt a. M. verlegt hat. — Die Abteilung für Kultus- und Schulwesen des Saargebiets hat den Leiter der Gewerblichen Fortbildungsschule in Saarbrücken, W. Münch, als Direktor bestätigt. — Frä. Maria Scheidhauer aus Neunkirchen und Frä. Maria Kohler haben die Gesellenprüfung im Schneiderhandwerk bestanden, ebenso Frä. Lydia Morisch-Sinnerthal. — Unter den von der Saarregierung der deutschen Regierung zur Verfügung gestellten Beamten befinden sich des weiteren: Oberstaatsanwalt Dr. Daniels, Landgerichtsrat Leibl, Amtsgerichtsrat Ulrich und Postdirektor Kirchhoff aus Saarbrücken, ebenso der Gerichtsassessor Ludwig aus Neunkirchen. — Nach den uns bisher zugegangenen Mitteilungen befinden sich unter den Amnestierten, deren Ausweisung nunmehr aufgehoben ist: Beigeordneter Gleiz, Neunkirchen, Chefredakteur Zühlke, Saarbrücken, Oberlehrer Hein, Saarlouis, Oberlehrer Grefrath, Saarbrücken, Karl Kleinpeter, Neunkirchen, H. Donnewert, Saarlouis, Studienrat Ruppertsberg, Saarbrücken, Prokurist Bill, Beckingen, Prokurist Diez, Neunkirchen, Oberingenieur Oppenhäuser und Lehrer Müller, Neunkirchen. — Der Bezirksamtmann Dr. Otto Maurer in Speyer, ein geborener Saarpfälzer, wurde von der Saarregierung als Referent für bayerische Angelegenheiten in die Abteilung des Innern berufen und hat sein Amt bereits übernommen. — Auf eine 25jährige Beschäftigung bei der Firma C. Burgenmeister, Saarbrücken, konnten dieser Tage gleichzeitig 3 Angestellte, und zwar die Poliere Peter Spira, Fritz Pontius und der Bürobote Jakob Weinland zurückblicken. — Der ehemalige Kriegsgefangene, Unteroffizier Ost aus Balterweiler wurde nachträglich zum Sergeanten befördert und mit dem E. 1. ausgezeichnet. — Dem Installationsmeister Neisius wurde nachträglich das Eisene Kreuz 2. Kl. verliehen. — Ihre goldene Hochzeit begingen in Neunkirchen die Eheleute Adam Frank und Karo-

line geb. Neumann. — Ihr 60jähriges Ehejubiläum konnten am 12. Januar die Eheleute Nikolaus Heil in Saarlouis begangen.

Unglücksfälle. Bei der Ausübung seines Berufes geriet der Rangierer Heinrich Binz aus Lüssenthal zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen und ist seinen schweren Verletzungen erlegen. — Durch niedergehende Gesteinsmassen wurde auf der Grube S. Ingbert der Bergmann Fickinger erdrückt und sofort getötet, die Bergleute Harz und Erbach wurden leicht verletzt. — Auf dem Buser-Werk verunglückte ein 18jähriger Arbeiter infolge Absturzes von einer Leiter tödlich.

Todesfälle: In „Der Saarlande Not unter der Fremdherrschaft“ haben wir schon auf das erfolgte Ableben des Verlegers der „Saarbrücker Zeitung“, Richard Hofer, hingewiesen. Hofer erreichte ein Alter von 34 Jahren und starb in Baden-Baden. Er galt der französischen Behörde und ihren Propagandaorganen als einer der gefährlichsten Gegner ihrer Verwelschungsbestrebungen und setzte auch seine „Saarbrücker Zeitung“ rückhaltlos gegen diese Bestrebungen ein. Aus Anlaß des Beamtenstreiks wurde er in die Verbannung gejagt. Für das Deutschtum im Saargebiet bedeutet sein Tod einen herben Verlust. — Es starb in Saarbrücken ferner: Proturist Carl Mohr im Alter von 55 Jahren. Der Verstorbene war viele Jahre der Vorsitzende des über 800 Mitglieder zählenden „Saarbrücker Kriegervereins“, der, wie alle Kriegervereine, auf Befehl der französischen Gewaltherrscher aufgelöst wurde. — Die Reihen lichten sich mehr und mehr. Abermals sind in Saarbrücken allein vier Veteranen der großen deutschen Einheitskriege zu Grabe getragen: die Mitkämpfer von 1870-71, Pensionär Wilhelm Schmitt, 74 Jahre, Jakob Becker, 74 Jahre und Friedrich Johann Bickelmann; ferner der Mitkämpfer von 1866, 1870 Ludwig Habermann, 82 Jahre. Der Kriegsinvalide Heinrich Adermann, 38 Jahre; Anton Vertinger, 24 Jahre; Bergoberssekretär Eginhard Hempel, 35 Jahre; Robert Krackenberger, fast 31 Jahre; pens. Maschinist Adam Braun, 71 Jahre; Willi Wallé, 22 Jahre; Jak. Theisen; Johann Klein, 36 Jahre; Josef Kilezan, Eisenbahn-Rangiermeister, 65 Jahre; Lithographie- und Steindruckmeister Clemens Brochhoff, 56 Jahre; August Fritsch, 59 Jahre; Joh. Rupplich, 62 J.; Gärtnermeister Ernst Mendel, 71 J. d. Saarbrücker Bismarckklubs, 72 Jahre; Frau Katharina Henrici, geb. Schmidt, 44 Jahre; Frau Wwe. Helene Oster, geb. Hahn, 78 Jahre; Frau Wwe. Karoline André, geb. Ries, 82 Jahre; Frau Anna Pfaff, geb. Löffel, 44 Jahre; Frau Magdalena Diener, geb. Weckerle, 82½ Jahre; Frau Gertrud Schmid, geb. Budinger, 45 Jahre; Frau Elisabeth Heink, geb. Fries, 77 Jahre; Professschwester Maria Abiadis, geb. Maria Raths, 57 Jahre; Frau Wwe. Anna Müller, geb. Stiller, 60 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Frau Katharina Becker, geb. Summkeller, 79 Jahre, St. Arnual; Frä. Mina Ewen, 28 Jahre, und Frau Jakob Blumann, geb. Elisabeth Melchior, 54 Jahre, Dillingen; Frau Wwe. Jakob Diesinger, geb. Mathieu, 78 Jahre, in Gersweiler; Pensionär Philipp Knauber, 78 Jahre, in Rughütte; Hüttenbeamter a. D. Eugen Josef Gerner, 75 Jahre, in Wadgassen; Frau Luise Diehl, geb. Heink, in Friedrichsthal; Peter Meyer, 23 Jahre, in Gündingen; staatl. Steiger Friedrich Albert Groß, 41 Jahre, in Grube Belsen; Peter Graumann, 40 Jahre, in Wehrden; Frau Wwe. Karl Gebhardt, Katharine, geb. Kräuter, 72 Jahre, in Fürstenhausen; Frau Caroline Morgenstern, geb. Grobe, 50 Jahre, in Landsweiler; Peter Breuer, 50 Jahre, und Charlotte Locher, geb. Rübél, 71 Jahre, beide in Heiligenwald; Frau Mathias Eberschweiler, Anna, geb. Renens, 76 Jahre, in Büren; Jakob Strauß, 73 Jahre, in Büttlingen; Frau Peter Berweiler, Barbara, geb. Beirich, 66 Jahre, in Walferfangen; Frau Marie Luckscheiter, geb. Schlichtherle, in Homburg; Michael Tholen, 74 Jahre, in St. Wendel; Karl Millot, 23 Jahre, und Christian Hemmer, 47 Jahre, beide in Neunkirchen; Frau Peter Wüst, geb. Charlotte Pich, 48 Jahre, und Frä. Anna Maria Bühler, 72 Jahre, beide in Saarlouis; Margarete Olivier, geb. Knippischeer, 38 Jahre, und Nikolaus Schwindling, 74 Jahre, beide in Merzig.

Aus unserem Nachbarlande Elsaß-Lothringen.

Die diesjährige Session des Oberkonsistoriums der evangelischen Kirche Elsaß-Lothringens ist äußerst stürmisch verlaufen. Die vom französischen Oberkommissar im Dezember 1918 eingesetzte Direktorialkommission wurde aufs heftigste angegriffen. Ihren rigorosen, von der Politik diktierten Maßnahmen wurde es mit zugeschrieben, daß 36 evangelische Geistliche des Landes verwiesen wurden bzw. mehr oder minder freiwillig der Heimat den Rücken kehren mußten. Erst neuerdings sind wieder drei Geistliche wegen Verdachts der Deutschfreundlichkeit

keit als Konsistorialpräsidenten nicht bestätigt worden. — Angeblich neu entdeckte Kohlenfelder bei Falkenberg haben zur Bildung einer mit 10 Millionen Franken ausgestatteten Pariser Gesellschaft geführt. — Die Mitglieder der Meßerhandelskammer haben unter anderem in ihrer letzten Sitzung ihr Mißfallen darüber ausgedrückt, daß noch immer der französische Markt durch die Zwischenhändler der Saar mit deutschen Waren, die angeblich im Saargebiet hergestellt sind, überschwemmt wird. Es wurde beschlossen, für solche Produkte eine strenge Kontrolle und eine spezielle Ausfuhrgenehmigung zu verlangen, die nur durch die Handelskammer Saarbrücken ausgestellt werden kann. Den Waren soll ein Ursprungszeugnis und eine Originalrechnung der Fabrik beigelegt werden. — Zu dem Eisenbahnunglück bei Kreuzwald erfahren wir heute, daß der Lokomotivführer und der Heizer des Kreuzwalder Güterzuges, der gegen den Arbeiterzug gefahren war, verhaftet sind. — Nach Meldungen französischer Blätter sollen über 10 000 Personen deutscher Nationalität die französische Staatsangehörigkeit nachgefragt haben. — Wie es Elsäßern im französischen Heere ergeht, zeigt nachstehendes Bild: Vor einiger Zeit kehrten zum erstenmal zahlreiche Rekruten aus Mühlhausen und der Sundgauwede auf Urlaub aus den inner-französischen Garnisonen in die Heimat zurück. Ihre Erzählungen über Unterbringung, Behandlung und Verpflegung ergaben zum größten Teil ein ganz trübseliges Bild. Die Garnisonen starrten vor Schmutz, Betten und Wäsche nicht minder. Überall fühlbar ist der Mangel an hygienischen und sanitären Einrichtungen, häufig sogar an reinem Trinkwasser. Dabei ist die Verpflegung mangelhaft. Uebertroffen wird das alles nur noch durch die schlechte Behandlung. Die jungen Leute verstehen in den meisten Fällen den Befehl nicht und werden dann als „Boche“ bezeichnet. Als sich die Sundgauer in Mühlhausen zum Rücktransport aus dem Urlaub sammelten, zogen Hunderte, die „Wacht am Rhein“ singend, zum Bahnhof. Weiterhin ist im Oktober 1920 der Jahrgang 1920, der bereits im deutschen Heere gedient hatte, in das französische ein-



Blücher am 10. Januar 1814 auf dem Schloßplatz zu Ottweiler beim Durchmarsch nach Frankreich.

gestellt worden. Es wurde jetzt den jungen Leuten mitgeteilt, daß sie nun nach erfolgter Ausbildung und nach Ablauf ihres Weihnachturlaubs für die Feldverwendung in Frage kämen. Unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß sie nicht im besetzten deutschen Gebiet verwendet werden könnten, wurden sie vor die Wahl gestellt, sich entweder für Syrien oder Marokko zu entscheiden. — Die Tagung des Elsäß-Lothringischen Zwischenparlamentes zeugte davon, daß die Selbstständigkeitsbewegung in Elsäß-Lothringen an Stärke zugenommen hat. Die Erhaltung der deutschen Sprache in der Schule und beim Gericht wurde von mehreren Rednern verlangt, ebenso ein eigener regionaler Landwirtschaftsrat. Die Elsäß-Lothringische Presse äußerte ihre Befriedigung über den Verlauf der Tagung. — Die französischen Konsulate in Deutschland haben bisher die Entgegennahme und Bearbeitung von Einreisegesuchen deutscher Reichsangehöriger nach Elsäß-Lothringen abgelehnt. Deutsche, die nach Elsäß-Lothringen reisen wollen, müssen deshalb ihre Einreisegesuche bei dem zuständigen Präfecten in Straßburg, Kolmar und Mainz anbringen und sich dabei der Vermittelung in Elsäß-Lothringen wohnender Personen bedienen. — In Saargemünd wurde eine landwirtschaftliche Winterschule eingerichtet, nachdem die zwischen der Militärbehörde und der Stadt gepflogenen Verhandlungen zu einer Einigung geführt haben. Der Unterricht ist bereits aufgenommen. — Die Allgemeine elsässische Bankgesellschaft hat soeben die erste Nummer ihrer neuen „Bulletins des valeurs regionales“ herausgegeben, das dreimal im Monat in französischer und einmal in deutscher Sprache erscheinen soll. Es wird Nachrichten über alle wirtschaftlichen Vorgänge bringen, die Elsäß-

Lothringen interessieren. — Die „Kölnische Zeitung“ ist laut „Lothringer Volkszeitung“ in Elsäß-Lothringen bis auf weiteres verboten.

Aus dem besetzten Rheinland.

Uebergriffe und Schikanen.

Der Vorsitzende der interalliierten Schifffahrtskommission in Köln, Oberst Dumont, erklärte, daß er die gesamte Schifffahrtspolizei und die kriminelle Polizei auf dem Rhein innerhalb der französischen Zone zu übernehmen habe. Die Wasserbehörden müßten unter völliger Kontrolle der interalliierten Schifffahrtskommission ihren Dienst verrichten. Die Polizeiboote hätten die Flagge der Schifffahrtskommission zu führen, und die Angestellten der Wasserbehörden würden mit einer Armbinde der Kommission versehen werden. Nach weiteren Nachrichten gelang es anscheinend inzwischen dem französischen Einfluß, die interalliierte Schifffahrtskommission zu beschließen zu veranlassen, die auf die Uebernahme der gesamten Polizeigewalt auf dem Rhein innerhalb sämtlicher 4 Besatzungszonen durch die alliierten Militärbehörden hinzielen. Es sind gegen diesen Raub der Hoheitsrechte Deutschlands auf dem deutschen Rheinstrom energische Gegen Schritte unternommen worden. — Die französische Besatzungsbehörde von Ludwigshafen verlangte von dem Bürgermeister innerhalb eines Zeitraums von wenigen Tagen eine größere Anzahl Wohnungen mit kompletter Einrichtung für Unteroffizierfamilien und

drohte, bei Nichteinhaltung des Befehls den Bürgermeister vor das Polizeigericht zu stellen. — Die Kosten der Besetzung in Höhe von 2 1/2 Milliarden (!) Mark sind von Deutschland für Oktober und November bezahlt worden. Für Dezember liegen die Forderungen noch nicht vor. — Die französische Besatzungsbehörde in der Pfalz beschlagnahmte den Sitzungssaal des pfälzischen Kreis-tages für das französische Polizeigericht, obwohl von der Stadtverordneten-Ver-

sammlung in Speyer geeignete Räume zur Verfügung gestellt worden sind. Die Beschlagnahme des Sitzungssaales würde die Tätigkeit des pfälzischen Selbstverwaltungskörpers stark beeinträchtigen. — In der Pfalz werden zurzeit auch auf Anordnung der interalliierten Oberkommission die heereswichtigen Brücken auf ihre Tragfähigkeit geprüft, trotzdem das städtische Material von den deutschen Behörden den Französischen zur Verfügung gestellt worden war. Im ganzen ist die Prüfung von 30 Brücken beabsichtigt. Eventuell bei diesen Belastungsproben vorkommende Unglücksfälle werden der deutschen Regierung zur Last gelegt. Von maßgebender Stelle ist gegen das Vorgehen der französischen Militärbehörden Einspruch erhoben. — Wie die Franzosen es im allgemeinen im besetzten Gebiet treiben, zeigt besonders deutlich ein Vorfall, der sich kürzlich in Kaiserslautern ereignete. Zwei französische Offiziere, die auf den Geleisen der Strabenbahn ritten, wichen erst im letzten Moment aus und schlugen den Wagenführer mit der Peitsche über das Gesicht, bis der Mann blutüberströmt zusammenbrach. — Gegenüber den mannigfachen Versuchen von ausländischer Seite, Handelsespionage zu treiben, macht die Handelskammer Köln darauf aufmerksam, daß nicht genug Vorzicht angeraten werden kann. So wurde kürzlich die Einsendung von Katalogen und Preisen für den Export nach Frankreich verlangt, jedoch wurde eine persönliche Rücksprache an der angegebenen Stelle in einem Kölner Hotel abgelehnt. Es dürfte sich also empfehlen, mit der Abgabe von Katalogen und Preisen an Unbekannte oder sich in Anonymität hüllende Personen vorsichtig zu sein. — Der Stadtrat in Landau lehnte das Ansuchen der französischen Militärbehörden um Vornahme einer Reihe von Erweiterungen am Soldatenheim, die einen Kosten-



St. Wendel: Die Missions-Anstalt.

aufwand von 30 000 M. erfordern, ab, da die Stadt nach Artikel 8 des Rheinlandabkommens nicht verpflichtet ist, für die Einrichtung von Soldatenheimen aufzukommen. — Auf eine Polizeiverordnung über die Meldepflicht der Ausländer, die der Regierungspräsident von Aachen für seinen Bezirk erlassen wollte, hat die Rheinlandkommission in einem Schreiben mitgeteilt, daß sie gegen die Anwendung der Polizeiverordnung nichts einzuwenden habe, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Bestimmungen weder Anwendung finden auf die Mitglieder der Oberkommission, noch auf die Militärpersonen der Besatzungsarmee, noch auf die Familien dieser beiden Gruppen, noch auf das der Oberkommission oder den Armeen beigegebene Personal und auf deren Familien, noch auf die Untertanen der Mächte, deren Truppen an der Besetzung teilnehmen. Damit ist die ganze Verordnung ein totgeborenes Kind! — Nach Mitteilungen aus Straßburg plant Frankreich angeblich die Errichtung einer Hochschule im besetzten Gebiet, und zwar in Trier oder Mainz. Daß es sich hierbei um eine Hochschule in der Vollständigkeit, wie man sie in Deutschland aufzufassen pflegt, handeln soll, muß wohl bezweifelt werden. Immerhin verdient die programmatische Ankündigung gewisse Beachtung.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Wirtschaftskrise im Saargebiet?

Auch im Saargebiet mehrten sich die Anzeichen einer abermaligen Krise, nicht der ersten seit Ende des Krieges, denn schon einmal im Frühjahr 1919 war ein großer Teil der Werke des Saarreviers gezwungen, die Tätigkeit einzuschränken oder gar einzustellen, aber damals aus Kohlenmangel. Die Not in den Ar-

beiterfamilien war groß, da für die aushilfsweisen Notstandsarbeiten nicht der volle Lohn gezahlt werden konnte. Heute steht das Saarland vor einer ähnlichen Lage. Auf einem Werke, das vollständig in französischem Besitz wurde, bereits annähernd 200 Arbeitern gekündigt infolge der unsozialen Wirtschaft der französischen Direktion. Weitere Entlassungen stehen bevor. Der Arbeiterschaft hat sich infolge dieses rigorosen Vorgehens eine starke Erregung bemächtigt. Auch unter den Bergarbeitern gärt es, da in den letzten Wochen das Gehalt erheblich reduziert wurde, so daß infolge des niederen Verdienstes die Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern immer größer wird, trotz Frankentlöhnung.

Die jetzige Krise kann nur durch gemeinsame Arbeit aller überwunden werden. Das Saargebiet kann seine Industrieerzeugnisse nicht selbst verbrauchen. Es muß ausgeführt werden. Güte der Produkte und Preisfrage spielen dabei die entscheidende Rolle, auch Menge, Güte und Preis der Rohlen und nicht zuletzt die Frankentlöhnung, die gerade erst die Unrentabilität der Erzeugung bewirkt. Die Konkurrenzfähigkeit geht verloren. All diese Fragen lasten mit bleierner Schwere auf den Gemütern der Saarbevölkerung. Wohin bei einer schweren Krise mit all den Arbeitslosen? Aus welchen Mitteln soll der Not gesteuert werden? Ein schlagender Beweis für die falsche Wirtschaftspolitik der Drahtzieher des Saarbeckens ist die jüngst veranstaltete Abstimmung des Eisenbahnerverbandes der Saarbahnen, in der die Entscheidung darüber fallen sollte, ob die Bezüge von nun an in Franken gezahlt werden sollen. Soweit es sich schon jetzt überblicken läßt, ist eine überwältigende Mehrheit für die Beibehaltung der Mark als Zahlungsmittel.



Grabmal des Majors von Pestel im Saarbrücker Ehrenthal.

von Pestel war in den Ruhmestagen des August 1870 Kommandeur des Ulmen-Regts. No. 7 und erhielt für die schnelle Verteidigung Saarbrückens und die äußerst geschickte Verschleierung des Aufmarsches der deutschen Armee als erster im Feldzuge 1870 den „Pour le mérite“.

Sonstige wirtschaftliche Nachrichten.

Am 1. Januar 1921 ist, wie bereits angekündigt, der neue Tarif für Güter und Tierbeförderung im Binnenverkehr der Saarbahnen in Kraft getreten. — Die wirtschaftlichen Vereine der Saarindustrie haben laut offiziellem Bericht in ihrer letzten Vorstandssitzung dem Plan der Errichtung einer saarländischen höheren Gewerbeschule, etwa unter Anlehnung an die Bergschule der französischen Bergverwaltung, entschieden widersprochen. — Nach einer Mitteilung der Direktion der Saarbahnen wird zurzeit ein Versuch gemacht, aus zollfreien saarländischen Hüttenenergiezeugnissen zur Ueberwindung der Zollschwierigkeiten an der französischen Grenze direkte Güterzüge, sogenannte Eisenzüge, zu bilden. Die Züge sollen je nach Bedarf abgelassen werden. — Der deutsche Rohisenverband hat im Interesse der Erleichterung des Geschäftsverkehrs mit den Werken im Saargebiet, in Frankreich und Luxemburg eine Zweigstelle in Saarbrücken errichtet. — Auf Grund der Vorbemerkungen (observations préliminaires) zum französischen Zolltarif bedürfen die in Deutschland von deutschen Zoll- und Steuerbehörden ausgestellten Ursprungszeugnisse keines Visums durch die französischen Konsularbehörden. Die reichsdeutschen Lieferanten des Saargebietes können sich also die außerordentlich hohen Gebühren für dieses Visum sparen. — Die bekannte bisherige Meißnerische Fabrik in Dillingen ist an die Eisen- und Maschinenbau A.-G., Dillingen, übergegangen. Aus dem Erlös dieses Verkaufes wurden die neuen Betriebsanlagen in Bugbach errichtet, wohin auch die Firma Reguin übergeholt ist. — Die Aktienmehrheit der saarländischen Kalk- und Zementwerke A.-G., Saarbrücken, ist auch in französische Hände übergegangen. Die Firma lautet jetzt: Société des Chaux et Ciments de la Sarre. — Für die Ausreise aus dem Saargebiet nach Luxemburg gelten folgende Bestimmungen: der Antragsteller läßt sich bei seiner zuständigen Polizeibehörde einen braunen Nationalreisepaß ausstellen und mit einem Ausreisevisum der obersten Polizeiverwaltung des Saargebietes versehen. Das Ausreisevisum berechtigt zur Reise nach Luxemburg. Dort ist dann nur eine sofortige Anmeldung erforderlich. — Die Erhard u. Sehmmer A.-G., Saarbrücken, hat ihr Aktienkapital abermals von 6 auf 10 Millionen Mark erhöht. — Die Aktien der Eisenwerke Krafft A. G. sollen von Gebrüder Stumm zu 1100 Prozent erworben worden sein. — Der neuerdings ins Leben gerufene Zweckverband für Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot führt den Namen „Wohnungsverband der Gemeinden des Saarreviers.“ — Dem im vorigen Monat erfolgten Zusammenschluß von 5 Verbänden der kaufmännischen und technischen Angestellten zum Gewerkschaftsbund der Angestellten ist nunmehr auch der deutsche Werkmeisterverband beigetreten.

Die unterzeichneten Organisationen fordern die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit für die Mitglieder der Knappschaftsvereine des Saargebietes. Mit Rücksicht darauf, daß hierfür das Verbleiben der R. R. B. des Saargebietes im Rückversicherungsverband und im D. R. B. die notwendige Voraussetzung ist, erklären die Unterzeichneten im Auftrage ihrer Mitglieder, daß sie sich für weiteres Verbleiben im Rückversicherungsverbande und im D. R. B. einsetzen.

Nach Schaffung des R. R. B. muß dieser in die Rechte und Pflichten des Rückversicherungsverbandes und des Allgemeinen Deutschen Knappschaftsverbandes dem Saarknappschaftsverein gegenüber eintreten, falls ein Aufgehen dieser Vereine in den R. R. B. nicht möglich sein sollte.

Die Einführung der Frankenwährung bei den Saarknappschaftsvereinen dürfte dem Verbleiben beim Rückversicherungsverbande nicht im Wege stehen.

Für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands:

G. Wischmann, H. Rebmann.

Für den deutschen Metallarbeiter-Verband:

Fritz Schäfer.

Für den Gewerkschaftsbund christlicher Bergarbeiter und christlicher Metallarbeiter:

M. Carius, A. Wegner.



St. Johann vom Reppertsberg aus gesehen.

Es steht zu hoffen, daß die französische Regierung die Wünsche der Saarbergarbeiter in dieser Beziehung berücksichtigt, denn auch die Direktion der Saarbergwerke wird erkennen, daß ein Vertragsverhältnis, wenn nicht der direkte Anschluß an den R. R. B. möglich ist, große Beruhigung in den Kreisen der Bergarbeiter und Knappschaftsvereinigten Hüttenarbeiter mit sich bringen wird.

Die Erzeugung der Saargruben im Oktober 1920. Nach der Statistik der französischen Grubenverwaltung belief sich im

Monat Oktober die Förderung von Kohlen auf den vom französischen Staat ausgebeuteten Saargruben auf 846 629 Tonnen (September 795 267 To.), auf der einer französischen Aktiengesellschaft verpachteten saarpfälzischen Grube Frankenholtz auf 16 639 Tonnen (September 16 043 To.) somit auf insgesamt 846 629 To. (September 811 310 To., August 702 680 To.). Bei 26 Arbeitstagen betrug die mittlere Förderleistung pro Tag 32 563 To. (September 31 204 To., August 28 107 To.). Die neue Kohlenenerzeugung wurde folgendermaßen verteilt: Selbstverbrauch der Gruben (einschließlich ihrer elektrischen Zentralen und angegliederten Betriebe) 72 044 To., Lieferung an die Bergarbeiter 38 823 To., an die Koksanlagen der Gruben 30 773 To., an die Brikettfabriken der Gruben 2108 To., Verkauf und Versand 693 221 To. Gesamter Ausgang 836 969 To., Vermehrung der Halbenbestände um 9660 Tonnen. Im September betrug die Erzeugung von Koks auf den eigenen angegliederten Betrieben 21 569 Tonnen (September 21 037 To.), von Briketts (mit saarländischer und eingeführter Kohle) 3318 Tonnen (September 3764 To.). Die Halbenbestände betrugen am Ende des Monats 93 006 Tonnen Kohlen und 1007 Tonnen Koks. Der Personalbestand betrug am Monatsende: Arbeiter unter Tag 52 057, über Tag 17 627, auf den angegliederten Betrieben 1436, zusammen 71 120 Arbeiter; dazu 2789 Beamte und Angestellte; demnach gesamt Personalbestand 73 909. Die tägliche neue Kohlenförderung auf den Kopf der Arbeiter unter und über Tag betrug 492 Kg.

Saarbergbau und Saarindustrie.

Die Freizügigkeit der Saarbergarbeiter wurde auf der Hauptversammlung des Deutschen Knappschaftsverbandes als dringend erforderlich bezeichnet. Am Schluß der Versammlung wurde deshalb die folgende Erklärung angenommen:

Für die zehn ersten Monate des Jahres 1920 sind folgende Ergebnisse der reinen Kohlenförderung zu verzeichnen:

	Staatsgruben	Grube Frankenholz
Januar	708 429	19 036
Februar	725 993	17 070
März	820 113	19 761
April	717 624	17 041
Mai	693 695	16 071
Juni	745 834	17 782
Juli	840 785	19 263
August	686 042	16 638
September	795 267	16 043
Oktober	829 990	16 639
	7 563 772	175 344

insgesamt 7 739 116 Tonnen. — Die offizielle Gesamtförderung der Saargruben im Jahre 1919 erreichte 8 970 848 Tonnen. — Wie wir hören, hat der Betrieb der Saargruben zurzeit sehr unter dem Mangel an Eisenbahnwagen zu leiden. Große Quantitäten Kohle müssen auf die Halben gestürzt werden. Wenn nicht Feierschichten durch die Feiertage ohnedies eingetreten wären, hätten wahrscheinlich Feierschichten eingelegt werden müssen.

Von den Angestellten der Saargruben. Nachdem die Bergverwaltung zwei weitere Gruppen von Angestellten gebildet hat, nämlich die der Vermessungsassistenten und Vermessungszeichner, glauben letztere sich nunmehr auch zu den technischen Angestellten zählen zu müssen. Aus diesem Grunde schieden sie bei dem Verbande der Kanzlisten und Bürogehilfen aus und gründeten mit den Vermessungsassistenten einen Verband. Dieser Verband hat sich dann wiederum einer größeren technischen Organisation, der Afa, angeschlossen und die Angestellten der Markscheiderei hoffen dadurch eine bessere Vertretung bei der Bergwerksdirektion zu erhalten.

Die Lohnfrage der in den Knappschaftslazaretten angestellten Arbeiter und Arbeiterinnen ist dahin geregelt worden, daß ab 1. Januar die Löhne in Franken gezahlt werden, nach Maßgabe der von der Bergwerksdirektion und den Bergarbeiterorganisationen getroffenen Vereinbarungen.

Betreffs Gehaltserhöhung der Angestellten in der Hüttenfachgruppe der Saarindustrie kam es zu einer Einigung, und zwar dergestalt, daß das Gehalt um durchschnittlich 30 Prozent erhöht wird unter Zugrundelegung eines Frankenkurses von 4 M. Auch die bisherigen Sätze der Frauen- und Kinderzulage werden wesentlich erhöht.

Die Lohnverhandlungen im Baugewerbe, die im Dezember leider nicht zu einem Uebereinkommen geführt haben, wurden am 4. Januar 1921 auf Antrag der Gewerkschaften wieder aufgenommen. Es wurde noch keine endgültige Regelung erzielt, da nach den bisherigen Verhandlungen alle unter 20 Jahre alten Leute keinen Lohnzuschlag erhalten sollen, womit sich die Arbeitervertreter nicht sofort einverstanden erklären konnten. Es dürfte jedoch auch darin in Kürze zu einem Einvernehmen kommen.

Die Gehaltsverhandlungen für die Meister der Hütten- und Fertigindustrie haben ein befriedigendes Resultat gehabt. Es ist ein Abkommen getroffen, daß vorläufig vom 1. Dezember 1920 bis 31. März 1921 Gültigkeit hat. Für den Industrieverband Westpfalz werden noch besondere Verhandlungen geführt.

Bei den Lohnverhandlungen in der Keramikindustrie, die letzters in Mettlach stattgefunden haben, wurde seitens der Arbeitgeber zugesprochen, daß die Löhne aller Arbeiterkategorien auf die Höhe der Tarifsätze der weiterverarbeitenden Industrie gebracht werden. Die Lohnregelung gilt ab 1. Dezember 1920, und das Zugeständnis tritt nach der endgültigen Antwort der Arbeiterorganisationen in Kraft.

Arbeitsjubiläum. Mit Jahreschluß konnten auf dem St. Ingberter Eisenwerk zehn Arbeiter auf eine 50 jährige Tätigkeit zurückblicken, und zwar: Jakob Kurz, Peter Knobloch, Peter Joseph Straub, Peter Walle, Jakob Walle, Jakob Emrich, Jakob Dembert, Nikolaus Stief von St. Ingbert, Peter Schumacher und Peter Quirin von Rentrich sowie Georg Hufsong von Rirkel. Eine 25jährige Tätigkeit haben vierunddreißig Arbeiter und Beamte hinter sich.

Beiträge zur Volkskunde des Saarbrücker Landes.

Kinderlied und Kinderspiel im Saarbrücker Lande.

Von F. Schön (Anklam).

Der deutsche Charakter des Saarbrücker Landes wird am klarsten in seiner Sprache. Nicht minder deutlich wird er aber auch im Kinderliede, das ja einen Teil des Volksliedes darstellt. Das deutsche Wesen des Saargebietes wird aber im Volksliede und im Kinderliede nicht nur sprachlich deutlich, sondern vor allem

der Inhalt der Lieder und Spiele ist es, der das deutsche Wesen so recht hervortreten läßt. Darum soll dieser Aufsatz sich weniger mit den verschiedenen Arten des Kinderliedes und -spieles, wie sie für die verschiedenen Lebensalter, für die verschiedenen Jahreszeiten, für Buben und Mädchen geeignet sind, mit Wort und Tonweise der Lieder und Spiele befassen. Darüber finden der Freund und die Freundin dieser Kleinode deutschen Wesens Auskunft in des Verfassers Kinderliederbuch*). Hier soll uns vor allem der kulturgeschichtliche Gehalt der Kinderlieder und -spiele des Saarbrücker Landes beschäftigen.**)

In die älteste deutsche Zeit hinein führen uns die Kinderlieder und -spiele zurück, die noch Anklänge an die deutsche Mythologie enthalten. Vor allem die niedere Götterwelt, die Geisterwelt ist es, die noch im Kinderliede erkennbar ist. Von den höheren Gottheiten treten uns hauptsächlich nur noch die drei Schicksalsfrauen, die Nornen, entgegen.

Hopfe, hopfe, Röhje,
Drowe steht e Schlöhje,
Drowe steht e Glodehaus,
Gude drei Fraue eras,
Die eine, die spinnt Seide,
Die andre widelt Weide,
Die dritte macht e rote Rof
For de liewe Herrgott.

Dieses Kinderreiterliedchen ist in Deutschland weit verbreitet. Böhme gibt in seinem großen Buche über das deutsche Kinderlied und -spiel viele Fassungen desselben aus den verschiedensten Gauen Deutschlands. Grimm und andere haben darin die drei Nornen zu erkennen geglaubt. Andere haben dies bestritten. Ich selbst halte an der mythologischen Auffassung fest. Sie wird mir bestätigt durch eine Fassung des Liedchens, wie sie aus Ensheim i. d. Pfalz berichtet wird. Dort heißt es von der dritten Frau, resp. Jungfrau:

Die dritte schneid't den Faden ab,
Da sinket jemand in das Grab.

Ähnlich wird in andern deutschen Fassungen des Verschens die Tätigkeit der dritten Jungfrau als verderbenbringend geschildert. In unseren Saarbrücker Verschen ist in den Tätigkeiten der beiden ersten das Spinnen des Lebensfadens bzw. Lebensleiles zu erkennen. Die Ensheimer Fassung schildert das Abschneiden dieses Fadens durch die dritte Norne. In der Saarbrücker Fassung ist die Tätigkeit der dritten ins Christliche umgedeutet. Denn die dritte fertigt ein rotes, also Purpurkleidchen für das göttliche Kind, das die Madonna auf dem Arme trägt. Eine solche Madonna befand sich z. B. in der Kapelle des Deutschhauses. Wenn die Kinder das Johanniskäferche (das Johannsbeebche) fliegen lassen, singen sie: „Herrgottsbiereche, flieh furt!“ Das Käferchen heißt sonstwo Marienkäfer. Diese Tiere waren, wie behauptet wird, alle frei, der Gattin Wodans, heilig. Später wurde, wie die Namen besagen, diese Beziehung ins Christliche umgedeutet. Wenn die Buben einen Maitäfer fliegen lassen, singen sie:

Maitäfer flieg,
Dei Vatter is im Krieg,
Dei Mutter is im Pommerland,
Pommerland is abgebrannt.“

Das Pommerland ist hier zu einer unverdienten Berühmtheit gelangt. Meine verstorbene Mutter, die einer Alt-St.-Johanner Familie entstammt, sang noch „Deine Mutter ist im Hollerland!“ Das Hollerland ist kein anderes als das Holleland, das Land der Frau Holle. Und nach der Meinung älterer Forscher deutet der Brand des Hollelandes, des Himmels (von dort schüttelt ja bekanntlich Frau Holle die Betten aus, wenn es schneit), auf die germanische Sage vom Weltbrand (Muspilli)! In das Reich der niederen Gottheiten führt nun das Liedchen:

Ich will dr ebbes verzehle
Vun der alt Bas Röhle,
Wenn sie te Kartoffle hat,
Braucht se te ze scheele.
Gehst se in ihr Rischelche,
Will ihr Sippche koché,
Steht e budlig Männche do,
Hat schun all die Knoche usw.

*) Kinderlieder und Kinderspiele des Saarbrücker Landes. In Wort und Weise zum praktischen Gebrauche sowie mit erläuternden Anmerkungen herausgegeben von F. Schön, Saarbrücken 1909, Verlag von C. Schmidtke, Saarbrücken 1, Eisenbahnstraße.

**) Vergleiche dazu auch die verschiedenen Aufsätze Karl Lohmeyers und des Verfassers in der Zeitschrift für rheinische und westfälische Volkskunde.

Unterstützet das Deutschtum im Saargebiet!

Das „bucklig Männche“ ist nichts anderes als ein boshafter Hauskobold. Eine alte derbe Redensart heißt: „Do huck's und hat e Hütche uf“ d. h. damit ist es nichts. Der da sitzt ist auch ein boshafter Kobold mit seinem Hütchen, der die betreffende Angelegenheit zunichte macht. In den Sagen des Saarbrücker Landes werden uns noch andere Vertreter der Geisterwelt begegnen. — Wenn ein Kind sich weh getan hat, singt die Mutter:

Heile, heile Kagedred,
Morje frieh is alles eweg!

Ober:

Heile, heile, Segen,
Drei Tage Regen,
Drei Tage Schnee,
Tut's dem Kinde gar nicht mehr weh!

Die Heilspprüche stellen einen letzten Nachklang altgermanischer Zaubersprüche dar, von denen jeder die Merseburger Zaubersprüche von der Schule her kennt. Der „Kagedred“ im ersten Verschen ist ein Stück des Hexenglaubens. Mäst wird noch heute als Volksheilmittel in abergläubischem Sinne verwandt. Wenn es im Mai regnet, singt das Kind:

Mairään Ich bin so klään
Nach mich groß! Wie e Hinkelsbään!

Dem Mairegen schreibt der Volksglaube die Fähigkeit zu, das Wachstum der Kinder zu befördern. In der Zeit, da die Weidenpfeifen geschnitten werden, sagt der Knabe zur Mutter:

„Mutter, geb mr e Rodell!“
„Wat willsde mit dr Rodel?“
„Säckelche nähe, Säckelche nähe!“
„Wat willsde mit dem Säckelche?“
„Stäncher raffe, Stäncher raffe!“
„Wat willsde mit de Stäncher?“
„Beegelscher werfe, Beegelscher werfe!“
„Wat willsde mit de Beegelscher?“
„Brore (braten),
„Dah mei Peifchen gut gerore (geraten)!“

Der schlaue Junge will irgendeiner altdeutschen Gottheit ein Opfer bringen, daß seine Weidenpfeifen gut geraten sollen.

Zahlreich sind die Kinderlieder und -spiele des Saarbrücker Landes, die uns in das kulturgeschichtliche Leben des Mittelalters und der folgenden Zeit einen Einblick gestatten. Wenn die Kinder gerne Spiele abzählen:

„Kaiser, König, Edelmann,
Bürger, Bauer, Bettelmann!“

so steht die alte ständische Gliederung des deutschen Volkes lebendig vor uns. In die Zeit des Rittertums führt uns ein Reigenpiel, das die Mädchen spielen: Die Mädchen schließen einen Kreis, ein Kind sitzt in der Mitte des Kreises und hält sich die Schürze vor das Gesicht. Die Kinder singen:

Kling, klang, Gloria,
Wer sitzt in diesem Turm?
Ein schönes Königstochterlein,
Ach nein, ach nein, das kann nicht sein,
Da muß ein Stein abbrechen.
Erster Stein, zweiter Stein,
Dritter Stein muß mitgehn!

(Schluß folgt.)

**Schließt Euch zusammen
im Bunde „Saar-Verein“!**

Werbet für den „Saar-Freund“!

Aus des Saarlandes Leidenstagen.

(Schluß)

In dieser Zeit trat auch die Regierungskommission im Auftrage des Völkerbundes die Regierung des Saargebiets an. Ihr lag zunächst die Aufgabe ob, für das Saargebiet die Verwaltung einzurichten. Im Zusammenhang hiermit ergaben sich für die gesamte Beamtenschaft Fragen von großer Tragweite, denn der Regierungskommission steht laut Friedensvertrag das Recht zu, Beamte zu ernennen und abzurufen. Nach und nach drang die Kunde ins Volk, daß in die leitenden Stellen der neu geschaffenen Zentralbehörden eine ganze Anzahl Ausländer, namentlich Franzosen berufen worden waren. Diese Tatsache löste nicht nur bei der Beamtenschaft, sondern auch bei der gesamten Bevölkerung ein lebhaftes Befremden aus. Bald darauf wurde die Verordnung erlassen, wonach 1. sämtliche Beamte einer sechsmonatigen Probezeit unterworfen wurden, 2. sämtliche Beamte der Regierungskommission einen Treueid zu leisten hatten. Lebhaftige Unruhe war die Folge.

Die deutsche Regierung beabsichtigte ihrerseits im Einvernehmen mit den Vertretern der Beamtenschaft, um deren rechtliche Stellung klar- und sicherzustellen, mit der Saarregierung einen Staatsvertrag betreffend die Zurverfügungstellung der Beamten abzuschließen. Monatelange Verhandlungen blieben ergebnislos, bis schließlich die Saarregierung diese Verhandlungen abbrach und im Anschluß an oben erwähnte Verordnung ein Beamtenstatut, bestehend aus 33 Artikeln, herausgab. Die Disziplinarstrafen werden hiernach als Ordnungsstrafen und als Disziplinarstrafen bezeichnet. Trotzdem nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die am 11. November 1918 in Kraft befindlichen deutschen Gesetze im Saargebiet weiter in Geltung bleiben, bringt das Disziplinarverfahren gemäß diesem Statut erhebliche Verschlechterungen gegenüber den Bestimmungen über das Disziplinarverfahren gemäß Reichsbeamtengesetz vom 18. Mai 1907. Durch diese Bestimmungen der Saarregierung wird der Beamte letzten Endes der Willkür seines Verwaltungschefs ausgesetzt, der gewöhnlich ein Ausländer ist. Ein solcher Zustand ist geeignet, für die Beamten selbst wie für die gesamte Bevölkerung den schwersten ideellen wie materiellen Nachteile mit sich zu bringen.

Nun zu den Beamtenvertretungen (Artikel 20—25). Hiernach durften allerdings Beamtenvereinigungen gebildet werden, jedoch mit der vernichtenden Einschränkung, daß nur die Beamten, die demselben Verwaltungszweig angehören, sich zu einer Vereinigung zusammenschließen dürfen. „Jede Vereinigung mit andern Verbänden ist verboten.“ (Artikel 21.) Ferner: „Ihre Satzungen bedürfen der Genehmigung der Regierungskommission.“ Artikel 22, 1. Absatz lautet: „Ein Zusammenschluß der Beamten des Saargebiets mit irgendwelchen auswärtigen Verbänden oder Vereinigungen oder die Teilnahme an derartigen Vereinigungen ist verboten.“ Einen schärferen Eingriff in die Koalitionsfreiheit gibt es nicht! Artikel 21 beabsichtigt zweifellos die Stöckkraft des Beamtenbundes des Saargebiets, in welchem sämtliche Fachverbände zusammengeschlossen sind, zunichte zu machen, um so mit den einzelnen Verbänden leichteres Spiel zu haben; andererseits wird zufolge Artikel 22 der Anschluß an die großen Beamtenvereinigungen im übrigen Deutschland (Deutscher Beamtenbund usw.) unmöglich gemacht. Übertretungen der Artikel 21 und 22 ziehen hohe Strafen nach sich: bis zu 2 Jahren Gefängnis und Geldstrafen bis zu 15 000 M. Für die Zahlung der Geldstrafen werden die Vereinigungen zivilrechtlich haftbar gemacht.

Diese Bestimmungen waren unannehmbar. Die Abänderungen der Bestimmungen über das Disziplinarverfahren und über die Beamtenvereinigungen bedeutete eine Lebensfrage für die deutsche Beamtenschaft an der Saar. Wiederum wurden Verhandlungen seitens der Vertreter der Beamtenschaft mit der Regierung angebahnt, um die Aufhebung bzw. die Abänderung dieser beiden Punkte zu erreichen. Ein-

**Arbeitet mit
und helfst!**

dringlich wurde die Regierung auf die möglichen, schwerwiegenden Folgen hingewiesen, jedoch ohne Erfolg. Schließlich ließ sich der Präsident überhaupt auf keine Verhandlungen mehr ein. Es blieb nur ein letztes Mittel: Die Arbeitseinstellung! Am 6. August 1920 legte die gesamte Beamtenschaft im Saargebiet einmütig und geschlossen die Arbeit nieder. Unmittelbar darauf wurde seitens der Regierung der Belagerungszustand verhängt. Das „Generalkommando der Saartruppen“ übernahm die vollziehende Gewalt. Die traurigen, ja schrecklichen Maßnahmen der französischen Militärbehörde sind ja allgemein bekannt. Sie führten sogar soweit, daß die Arbeitergewerkschaften durch einen eintägigen Sympathiestreik gegen diese Maßnahmen Protest erhoben. Das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Herr v. Boch, trat von seinem Posten zurück. Nach Beendigung des Streiks, der gerade eine Woche gedauert hatte, sollten wieder Verhandlungen aufgenommen werden. Einige Zeit später wurde der 1. Vorsitzende des Beamtensyndikats ausgewiesen!

Aber nicht nur in der Beamtensfrage weicht die Saarregierung von den Bestimmungen des Friedensvertrages ab. Fast alle Maßnahmen zeugen davon, daß nicht der Völkerbund im Saargebiet regiert, sondern Frankreich! Noch hat die Bevölkerung das ihr durch den Friedensvertrag zugestandene Parlament nicht; entgegen dem Vertrag befinden sich immer noch französische Truppen im Saargebiet, noch ständig finden Ausweisungen statt und dergl. mehr!

Da ist es unsere Pflicht, unsern schwer bedrängten Landsleuten an der Saar unsere moralische Unterstützung zu gewähren, indem wir mit ihnen fühlen und leiden, und indem wir immer und immer wieder der ganzen Welt das Unrecht verkünden, das dem Saargebiet und seinen Bewohnern durch den Frieden von Versailles zugefügt worden ist.

Das von dem Verfasser bis hierher beigebrachte Material über die zahllosen Rechtsbrüche der sogenannten Völkerbundsregierung im Saargebiet ließe sich beliebig vermehren. Wir haben es, wie unsere Leser wissen, stets für unsere Pflicht gehalten, den einzelnen Vorkommnissen nachzugehen und sie zur Kenntnis der weitesten Öffentlichkeit zu bringen. Trotz aller Enttäuschungen, die die Genfer Tagung der Vollversammlung des Völkerbundes der Welt bereitet hat (man hatte dort kaum Zeit, sich mit dem Saargebiet zu beschäftigen), wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß es uns allmählich doch gelingen wird, die Aufmerksamkeit Europas auf die zahllosen Rechtsbrüche der Franzosen im Saargebiet zu lenken, die sich an den doch wahrlich weitgehenden Rechten, die ihnen der Friedensvertrag an die Hand gibt, nicht genügen lassen, sondern ihre Säbel- und Gewaltpolitik unter schroffster Nichtachtung des Friedensvertrages und der feierlich übernommenen Verpflichtungen fortsetzen.

Deutsche Treue in Saarländers Briefen.

Mit großer Freude habe ich die Nummer 1 des „Saar-Freund“ gelesen. ... Hier ein Bild über die wahre Stimmung, die in Saarlouis, Stadt und Land, herrscht, die aber nun schon seit Jahren gerade in Saarlouis unter dem Joche einer unerhörten, schamlosen Militärdiktatur französischer Junter und großkapitalistischer Bourgeois schlimmster Sorte geknebelt und getreten, zum kleinen Teil auch durch billigen Rotwein, Speck und Franken milder gestimmt wurde. Trotz alledem sind die seelischen Qualen ungeheuer. Wir in Saarlouis lassen das Testament unserer Väter nicht beschmücken; das Testament: deutsch zu sein und deutsch zu bleiben, ungeachtet der brandenden Wogen französischen Rotweins und des Gefräßes nationalistisch, chauvinistischer Pariser Uebermenschen, deren „Ueber“ allein in Korpulentheit und weingeröteten Gesichtern besteht. Ihre Unfähigkeit auf verwaltungstechnischem Gebiet verdient als klassisch bezeichnet zu werden. Vergeblich ist das Liebeswerben der adoptierten Kulturträger aus den dunkelsten Vierteln Afrikas um das deutsche Gretchen. Die französische Saarpolitik bleibt halt die beste Propaganda für das Deutschtum. Die Unterrodswirtschaft haben wir satt. Saarlouis war, ist und bleibt deutsch, und wir hoffen auf tatkräftigste Unterstützung seitens unserer rechtsrheinischen Brüder. S. J.

Die Postzensur

wird durch die französische Militärbehörde erneut und verschärft ausgeübt, darum bei allen Brieffsendungen

Vorsicht!

Anfragen und Antworten.

Sang-Jehanner Bub. Wir verweisen auf die Notiz in unserer vorigen Nummer: Stammtisch in Alt-Saarbrücken. Eine schwarze Liste haben wir nicht, dafür aber eine Schandtafel, auf der alle Französlinge ihren sehr geehrten Namen eingegraben finden werden. Wer seine nationale Gesinnung wechseln will, wie ein Hemd, der hat natürlich seinen Anspruch auf Zugehörigkeit zum deutschen Volk verscherzt und wird zur gegebenen Zeit seine Richter finden. An solchen Kräften verliert das Saargebiet nichts. Aber machen Sie sich keine Sorgen, es gibt genügend treue deutsche Männer. Verräter am Volke sind, Gott sei Dank, schwach gesät; man hört sie nur deutlicher schreien, weil sie jetzt unter fremdvölkischem Schutze der Kamm schwillt. Tausend treue Männer, die ihre Stimme nicht erheben dürfen, die ihre Gefühle verbergen müssen, kommt aber immer noch kaum ein Verräter!

Peter D. in St. Arnual. Unter Verkokung versteht man die Erhitzung von Kohle unter Luftabschluß. Eine der leistungsfähigsten Kokereien im Saargebiet ist Heinitz. Bei der Erhitzung gibt die Kohle ihre vergasbaren Bestandteile ab, und es verbleibt als Rest der Koks. Koks ist also entgaste Kohle. In früheren Zeiten hatte man bei der Koksengewinnung allein die Herstellung des Koksverbrennstoffes im Auge und verzichtete auf die wertvollen Nebenzeugnisse. Heute ist das natürlich vollkommen anders. Bei der Koksbereitung bildet sich unter vielen zum Teil noch nicht wissenschaftlich erforschten Körpern unter anderem Leuchtgas, Steinkohlenteer, Ammoniak und verschiedene Benzole. Die Gewinnung dieser Nebenprodukte ist eine Hauptaufgabe der neuzeitlichen Kokerei. In Heinitz werden monatlich etwa erzeugt: 20 000 Tonnen Koks, 1000 Tonnen Teer und viele hundert Tonnen Ammoniak, Benzol usw., u. a. auch 3 500 000 Kubikmeter Kraftgas und 100 000 Kubikmeter Leuchtgas. Der hierzu erforderliche Materialverbrauch beträgt 34 000 Tonnen Kohle dritter Sorte.

Deutscher, sei wach, wahr' deine Sach!

(Ein neues deutsches Lied.)

Seht ihr das Wort im Flammenschein,
Grabt's tief in eure Herzen ein.
Ihr deutschen Brüder rafft euch auf,
Wehrt munterfüßt des Unheils Lauf.
Ruft, daß es schallt wie Donnerkrach,
„Deutscher sei wach, wahr' deine Sach.“

Einst klang es stolz vom Belt zum Rhein
„Lieb Vaterland magst ruhig sein,<“
Heut gilt es, stark ums Vaterland
Zu ziehn der alten Treue Band.
Ruft, daß es schallt wie Donnerkrach,
„Deutscher sei wach, wahr' deine Sach.“

Herr Gott, wo ist denn hin dein Mark,
Du Volk, einst bieder, treu und stark,
Ist in der Zeiten Not verglüht
Dein Mut, verkommen dein Gemüt?
Ruf, daß es schallt wie Donnerkrach,
„Deutscher sei wach, wahr' deine Sach.“

Lern wieder stehn in Drang und Not,
Was du jezt tust, es ist dein Tod.
Nur Arbeit, Ordnung, Gottvertraun
Kann deine Zukunft dir erbaun.
Ruf, daß es schallt wie Donnerkrach,
„Deutscher sei wach, wahr' deine Sach.“

Christ. Ludwig Schneider.

Ausgewiesener Saarbrücker,

28 Jahre alt, unverheiratet, von Beruf Schlosser, Militärverhältnis Bizefeldwebel, wünscht sich zu verändern und sucht Vertrauensstellung. Gefl. Angebote mit Lohn oder Gehaltsangabe an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Königsgräber Straße 94.